Zeitschrift für Sozialismus

Jahrgang 3 Mai 1936 Nummer 32

Volksfrontwahlen in Frankreich

Von **Fritz Alsen.**

Februar 1934: die französische Demokratie kracht in allen Fugen; die faschistischen Verbände liefern eine Kraftprobe, die eine zahme Links-Regierung hinwegfegt, die Arbeiterklasse muß der Entwicklung untätig zusehen, ohnmächtig durch Spaltung und Orientierungslosigkeit.

Mai 1936: die äußerste Linke erringt einen Wahlsieg wie noch nie in der dritten Republik; die faschistischen Verbände sind von der Auflösung bedroht, die Arbeiterklasse marschiert geeint gegen die Feinde der Demokratie.

Schon diese Gegenüberstellung zeigt, welcher Weg zurückgelegt worden ist. Aber erst jetzt, am Vorabend der Regierungsübernahme durch die Sozialisten, beginnt der entscheidende Wegabschnitt. Nicht nur für das Schicksal des französischen, sondern auch für den europäischen Sozialismus überhaupt werden die nächsten Monate der französischen Entwicklung von größter Bedeutung sein. Hier muß sich zeigen, ob es aus der durch die Weltwirtschaftskrise und ihre Folgen hervorgerufenen Krise der bürgerlichen Interessendemokratie keinen anderen Ausweg gibt, als den eines bürokratisch-reaktionären Regimes oder ob nicht die fortschrittlichen Kräfte des Proletariats und seiner Verbündeten den Weg einer sozialistischen Krisenlösung finden. Hier entscheidet es sich, ob dem französisch-russischen Bündnis erst ein wirklicher Sinn gegeben werden kann: ein Bündnis starker Arbeiterregierungen gegen den Faschismus.

Im Februar 1934 daran zu denken, daß auch nur solche Möglichkeiten seien, wäre vermessen gewesen. Heute sind diese Möglichkeiten gegeben. Welche Aussichten auf Verwirklichung sie haben, muß immer wieder von neuem untersucht werden, will man nicht die kommenden Schwierigkeiten unterschätzen und daher unfähig werden, sie zu meistern.

*

Die Wahlen waren ein wirklicher Erfolg nur für die Kommunisten. Ein Vergleich mit den für die Sozialisten abgegebenen Stimmen zeigt, daß ihr Stimmenzuwachs hauptsächlich auf Verlusten der Sozialisten beruht. Wichtig erscheint vor allem, daß die Sozialisten in erster Linie Arbeiterstimmen verloren haben. Ihre Verluste sind groß in den Industriegebieten des Nordens, in Marseille, Bordeaux und vor allem in »Groß-Paris«. In Paris und seinen Arbeitervorstädten erhielten die Kommunisten dreimal soviel Stimmen wie die Sozialisten. Zugenommen haben die Sozialisten nur in rein ländlichen Bezirken, so daß sich eine Entwicklung immer deutlicher abzeichnet: Die Wähler der sozialistischen Partei setzen sich mehr und mehr aus Bauern und freigewerkschaftlich organisierten Beamten und Arbeitern der öffentlichen Dienste zusammen, wäh-

rend die Kommunisten von der Industriearbeiterschaft gewählt werden, die gewerkschaftlich besonders schwach organisiert ist. Die Frage der Einheitsfront besitzt auf diese Verschiebungen innerhalb der beiden Arbeiterparteien durchaus nicht den Einfluß, den man ihr gelegentlich zuschreibt: Die Einheitsfrontaktionen sind besonders lebhaft in Paris und Umgebung, die Einheitsfront wurde praktisch in den Industriebezirken des Nordens überhaupt nicht gehandhabt; sowohl in Paris wie im Norden aber sind die Verluste der Sozialisten an die Kommunisten groß.

Die Erklärung für die außerordentliche Zunahme der kommunistischen Stimmen dürfte in der völligen Aenderung der taktischen Haltung der Kommunisten zu suchen sein. Die Wahlen waren im Bewußtsein der breiten Massen wirklich Wahlen für »Frieden, Freiheit, Brot«. Die Kommunisten erschienen als die konsequentesten Verfechter dieser Forderung. Es wurde von ihnen in der Wahlkampagne fast nie von einem Kampf gegen das »kapitalistische System« gesprochen. Ihre Wahlproganda schürte vielmehr viel konkreter den Haß gegen jene »zweihundert Familien«, die die Kommandohöhen des französischen Wirtschaftslebens in der Hand halten. Jene zweihundert Familien wurden gleichzeitig als die Freunde Hitlers in Frankreich dargestellt, obwohl in Wahrheit der Riß zwischen deutschland- und rußlandfeindlicher Bourgeoisie gerade mitten durch jene zweihundert Familien geht. Die Kommunisten versuchten mit Erfolg, sich als die Vorkämpfer für die Einigung des gesamten französischen Volkes gegen diese wenigen Mächtigen hinzustellen. Die vielbeachtete Rundfunkrede des jungen Parteisekretärs Thorez gab diesem Willen nach Einigung sogar dadurch Ausdruck, daß er am Schluß von der Vereinigung der Marseillaise und der Internationale, der Trikolore und der roten Fahne schwärmte. Er schloß:

»Wir strecken dir die Hand hin, katholischer Arbeiter, Angestellter und Bauer, wir, die wir unkirchlich sind, weil du unser Bruder bist und wie wir unter den gleichen Sorgen leidest. Wir strecken dir die Hand hin, dir, Mitglied der Croix de Feu oder Volontaire national, weil du ein Sohn unseres Volkes bist, wie wir unter Unordnung und Korruption leidest, wie wir vermeiden willst, daß unser Vaterland in Verderben und Katastrophe zusammenbricht.«

Den Kommunisten kam weiterhin die allgemeine französische Tendenz zugute, so »links« wie nur möglich zu stehen, eine Tendenz, die im ganzen Lande stark ist. Bisher war die kommunistische Partei in ihrer Terminologie und Politik viel zu fremdartig, als daß für die breiten Massen eine Entscheidung zu ihren Gunsten in Frage gekommen wäre. Jetzt aber haben sie diesen Charakter eines Fremdkörpers innerhalb des französischen Parteiensystems völlig abgestreift.

*

Welches sind die gesellschaftlichen Kräfte am Ausgange der Kammerwahlen?

Wenn auch die reaktionären Parteien keine übermäßig große Einbuße an Stimmen erlitten haben, so hat doch das Ergebnis gezeigt, daß die von ihnen seit Jahren betriebene Deflationspolitik schon darum mißbilligt wird, weil eine Milderung der französischen Wirtschaftskrise durch sie bisher nicht erfolgt ist. In einer solchen Situation werden die parlamentarischen Kräfte der französischen Rechten nicht besonders angriffslustig sein. Die Bedeutung ihrer Hilfstruppen, der verschiedenen Kampfverbände, ist seit dem 6. Februar 1934 ständig im Rückgang. Eine Ausnahme hiervon bilden die Croix de Feu, die bis in die letzte Zeit vor den Wahlen ständig neue Mitglieder rekrutierten und nicht aufhörten,

von sich sprechen zu machen. Bezeichnend ist freilich, daß gerade die Croix de feu sich der demokratischen Entwicklung in den letzten Monaten dadurch anpaßten, daß sie deutlich gegen jeden Faschismus. zum erstenmal auch gegen den italienischen, Stellung nehmen mußten. Ihre Taktik bei der Wahl war äußerst geschickt; sie verstanden es, sich anscheinend von dem ganzen reichlich unpopulär gewordenen Wahlgetriebe fernzuhalten und doch gleichzeitig die Truppen der Reaktion möglichst zielbewußt zu lenken. Es ist nicht zu erwarten, daß es von ihrer Seite zu ernsthaftem Widerstand kommen wird, wenn die neue Regierung an die Auflösung auch der Croix de feu herangehen sollte. Ein solcher würde unmittelbar nach den Wahlen zu sehr der herrschenden Stimmung widersprechen. Es ist aber auch andererseits nicht zu erwarten, daß ein Verbot das Ende dieses größten aller Kampfverbände, den Frankreich je gekannt hat, bedeuten würde. Die Croix de feu haben gerade in der letzten Zeit mit Erfolg das Bewußtsein verbreitet, daß ihr Tag dann gekommen sei, wenn die Enttäuschung über die Politik der Volksfront allgemein sei.

Der ernsthafteste Gegner für jede künftige Linksregierung ist die Bank von Frankreich. Weit unmittelbarer als in jedem andern Lande greift das Notenbankeninstitut, dessen Aktien ausschließlich in privaten Händen sind, unmittelbar in das politische Leben des Landes ein. In dem Verwaltungsrat der Bank sitzen zwölf Regenten, die gleichzeitig leitend in allen wichtigen Unternehmungen der französischen Wirtschaft vertreten sind. Die von der Regierung eingesetzten Gouverneure sind durch besondere Vorschriften des Statuts, das von Napoleon I. stammt, auch wirtschaftlich unmittelbar von diesen Regenten abhängig. Selbst Rechtsregierungen der letzten Zeit, wie die Flandins, haben erfahren müssen, daß es ohne durchgreifende Aenderungen unmöglich ist, gegen den Willen der Regenten, das heißt also des Finanz- und Industriekapitals auch nur die geringfügigste Maßnahme durchzusetzen. Die »zweihundert Familien« können nicht nur eine Börsenpanik und den Frankssturz herbeiführen, sie können auch bei der völligen Zerrüttung der öffentlichen Finanzen jeder Regierung die Lebensmöglichkeit abschneiden. Hinzu kommt, daß sich eine einer Linksregierung aufgezwungene Devalvation in Frankreich, dem Land der Rentner und Sparer, auch dann weit ungünstiger auswirken muß, als etwa in Belgien, wenn selbst die Detailpreise nicht steigen und eine gewisse Belebung des Exports wirklich eintreten sollte.

Neben dem Verband der freien Gewerkschaften setzt sich die Volksfront im wesentlichen aus den drei großen Linksparteien und einigen parlamentarischen Zwischengruppen zusammen.

Die Radikalsozialisten sind nicht nur aus der Wahl geschwächt hervorgegangen, ihre innere Schwächung dürfte noch größer sein. Es ist der ständige Riß in einer Partei der Kleinbürger und Kleinbauern, die eine großbürgerliche Spitze hat. Clemenceau gegen Léon Bourgeois, Pelletan gegen Caillaux — bisher hat die Spannung stets noch verhindert werden können. Und wenn sie auch jetzt nicht unmittelbar zu fürchten ist, so ist doch der Prozeß der Schwächung seit langer Zeit ständig weitergegangen. Auch bei einem Teil jener Radikalsozialisten, die für die neue Regierung stimmen werden, ist der Widerstand gegen die wirtschaftlichen Forderungen des Volksfrontprogramms am größten. Da dieses Volksfrontprogramm die Zustimmung der Radikalsozialisten hatte suchen und finden müssen, ist es in seinem wirtschaftlichen Teil besonders vorsichtig: Es werden keine wesentlichen Verstaatlichungen gefordert; man begnügt sich mit einer bloßen Kontrolle der Bank von

Frankreich und der übrigen großen Kreditinstitute, man verliert kein Wort darüber, wie diese Kontrolle wirksam gestaltet werden könne. Und dennoch haben einige Radikalsozialisten, darunter Herriot, schon während der Wahlkampagne betont, die wirtschaftlichen Forderungen des Programms gingen ihnen teilweise zu weit.

Eine Regierungsbeteiligung der Sozialisten widerspricht der in der Spitze der Partei, wenn auch nicht in der Partei selbst starken guesdistischen Tradition. Wenn dennoch die Sozialisten zum ersten Mal seit ihrem Bestehen sich an der Regierung beteiligen werden, so tun sie es nur zögernd und gehemmt durch einen gewissen Gegensatz zwischen der Parlamentsfraktion und der Partei selbst. Die Mehrzahl der sozialistischen Abgeordneten neigt mehr und mehr zu einem bedingungslosen Opportunismus; in den zahllosen Sektionen der Partei werden die verschiedensten marxistischen, blanquistischen und proudhonistischen Tendenzen schon sichtbar und hemmen die Aktionskraft der Organisation. Bei den Sozialisten ist stark der Wunsch, über die Volksfront und Einheitsfront hinaus zu einer einheitlichen Organisation des Proletariats zu kommen.

Die Kommunisten haben immer wieder erklärt, daß für sie eine Beteiligung an der nächsten Linksregierung nicht in Frage käme, weil die Voraussetzungen, die Dimitroff auf dem 7. Weltkongreß für eine Regierungsbildung zur Bedingung gemacht hat, nicht gegeben seien. Hieraus erklärt sich vor allem die kommunistische Taktik gegenüber den Radikalsozialisten. Hätte eine wirkliche Volksfrontbewegung die Aufgabe, jene kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen radikalsozialistischen Wählermassen von der großbürgerlichen Spitze zu differenzieren, so lag den Kommunisten in keiner Weise an einer solchen vielleicht nur vorübergehenden Schwächung der radikalsozialistischen Partei. Sie waren nicht nur gegenüber Herriot, dem Minister aller reaktionären Regierungen der letzten Zeit, sondern auch gegenüber den Abgeordneten, die ständig mit der Rechten gestimmt hatten, von außerordentlicher Nachsicht.

Unzweifelhaft ist, daß die Kommunistische Partei nicht nur an Wählern gewonnen hat, sondern daß auch ihr organisatorischer Bestand gegenüber 1934 sich außerordentlich günstig entwickelt hat. Wie weit hierdurch die Partei an Schlagkraft gewonnen hat, wie weit vor allem die Fluktuation überwunden wurde, die wie bei allen Parteien der Kommunistischen Internationale, zeitweise völlig lähmend gewirkt hat, läßt sich noch nicht übersehen. Sicher ist, daß die Kommunisten entschlossen sind, in keiner Weise Kurs auf die organisatorische Ueberwindung der Spaltung zu nehmen.

*

So kann kein Zweifel sein, daß die Schwierigkeiten einer Volksfrontpolitik erst jetzt beginnen. Der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Struktur Frankreichs entspricht es, daß hier eine Volksfrontpolitik, verstanden als eine Bündnispolitik des Proletariats mit den Mittelschichen, wichtigste Aufgabe der Arbeiterparteien ist. So ist denn auch in Frankreich die Bildung der Volksfront weit weniger nach Parolen erfolgt, die auf Weltkongressen verkündet wurden, als durch den spontanen Elan der Massen, die sich einig waren in der Abwehr einer bereits ernsthaften faschistischen Gefahr und dem allgemeinen Unwillen gegen die allen sichtbare Macht des Finanz- und Industriekapitals. Entscheidend wichtig aber ist hier wie überall für eine auf die Dauer siegreiche Volksfrontpolitik, daß die Bündnispolitik nicht als ein Zurückweichen in den Klassenfragen verstanden wird. Tatsächlich ist ein

solches Zurückweichen in vielen entscheidenden Punkten festzustellen; es ist auch so lange unvermeidlich, als nicht den Kern der Volksfront eine starke und einheitliche Organisation des Proletariats bildet. Die Herstellung der Einheitspartei, für die nicht gerade die günstigste Prognose gestellt werden konnte, wäre daher erst recht jetzt die erste Aufgabe von Sozialisten und Kommunisten. Nur eine einheitliche Partei könnte parlamentarisch der außerordentlichen Schwierigkeiten Herr werden, nur eine geschlossene Organisation des Proletariats könnte die außerparlamentarische Kraft darstellen, ohne die die Volksfront scheitern kann. Ohne einschneidende Maßnahmen gegen das gegenwärtige Banksystem ist also die Gefahr für jede künftige Regierung außerordentlich groß. Solche Maßnahmen aber werden kaum die Zustimmung der radikalsozialistischen Abgeordneten finden, während die Mehrzahl ihrer Wähler für jede Maßnahme Verständnis haben könnte, die wirklich die »modernen Bastillen« zu stürmen geeignet wären.

Günstiger als bei früheren Wahlen hat sich ausgewirkt, daß die Linke bereits mit einem *einheitlichen Programm* in den Wahlkampf gezogen ist und daß dieses Programm die erste Voraussetzung für die Zusammenarbeit bilden muß, auch wenn einzelne Radikal-Sozialisten Widerstand leisten. Dieses Programm, das mit früheren Richtlinien der Politik des Links-Kartells, sowie dem Programm der freien Gewerkschaften bei Kriegsende weitgehend übereinstimmt, muß sich sehr bald als ungenügend erweisen. Ebenso wie auf dem Vereinigungskongreß der beiden großen Gewerkschaftsverbände im März eine organische Verbindung von Volksfrontprogramm und Planismus vorgenommen wurde, so wird auch die Forderung nach einschneidenden Strukturveränderungen der französischen Wirtschaft mehr und mehr in den Mittelpunkt der Volksfrontpolitik rücken müssen.

Von großer Bedeutung wird es auch sein, den *engsten Kontakt mit der neugeeinten Gewerkschaftsbewegung*, die der Volksfront organisatorisch angeschlossen ist, zu halten. Die Unabhängigkeit der französischen Gewerkschaften von der politischen Bewegung hat in der letzten Zeit nicht etwa ab-, sondern noch zugenommen. Diese Distanzierung der Gewerkschaftsbewegung bezieht sich aber vor allem auf die parlamentarischen Kräfte der Linksparteien. Der Vereinigungskongreß der Gewerkschaften hat einstimmig positiv für das Volksfrontprogramm, verbunden mit dem CGT-Plan Stellung genommen. Jede außerparlamentarische Aktion der Volksfront für die Erreichung der in diesem doppelten Programm niedergelegten Ziele muß die Unterstützung des Gewerkschaftsverbandes finden. Es ist auch unzweifelhaft, daß trotz Krise und Deflation in der letzten Zeit Arbeitskonflikte mit weit größerem Erfolg ausgetragen wurden als noch vor kurzem. Ein weitreichender Generalstreik der Bergwerksarbeiter wurde nur durch das fast völlige Nachgeben der Unternehmer verhindert. Neben der Herstellung der Einheitspartei ist also die wichtigste Aufgabe der nächsten Zeit die Koordinierung auch jener gewerkschaftlichen Kräfte.

Steht also die »Vierte Republik« oder gar die soziale Revolution in Frankreich vor der Tür? Selbst wenn alle angeführten Schwierigkeiten überwunden, alle entscheidenden Aufgaben erfüllt würden, könnte von einem »Sowjet-Frankreich« nicht die Rede sein. Wohl aber wäre es möglich, den französischen Faschismus endgültig zurückzudrängen, die französische Demokratie trotz der Schwierigkeiten der Wirtschaftskrise zu sichern. Aber auch diese Sicherung

kann nur erfolgen, wenn die den proletarischen Parteien gestellten Aufgaben erfüllt werden. Man hat oft das französische Proletariat den Lehrmeister der internationalen Arbeiterbewegung genannt. Auch heute entscheidet sich in Frankreich das Schicksal der Volksfrontpolitik, mehr noch als in Spanien. Wahrscheinlich wird es sich in relativ kurzer Zeit zeigen, ob hier die Volksfrontpolitik ihre Probe bestehen kann.

Die Krisis des Völkerbundes

Vom Verfasser der »Grenzen der Gewalt«

I.

Noch ist zur Zeit, da die vorliegenden Zeilen geschrieben werden (Ende April), nicht abzusehen, wie sich der italienisch-abessinische Konflikt und die Lage des Völkerbundes gestalten wird. Die Situation ändert sich jeden Tag. Aber eines ist sicher: der Völkerbund hat versagt, hat eine schwere Einbuße an Prestige erlitten, die er vielleicht nicht überleben wird. Das bedeutet eine neue Niederlage für die internationale Demokratie, den internationalen Sozialismus.

Mancher Sozialist wird sich vielleicht damit zu trösten versuchen, daß er das Wörtchen »bürgerlich« in einem hier ganz unsinnigen Zusammenhang bringt: So wie früher die bürgerliche Demokratie habe jetzt auch der bürgerliche Völkerbund versagt. Das bezeuge doch nur das zunehmende Verkommen der bürgerlichen Welt. Je weiter dieser Prozeß fortschreitet, desto näher ihr Ende.

Leider ist das, was wir anzustreben haben, nicht das Verkommen der bürgerlichen Gesellschaft, sondern der Sieg der arbeitenden Klassen. Beides ist jedoch nicht identisch. Das Aufsteigen des Proletariats ist mit dem Bestehen einer kräftigen Demokratie aufs engste verbunden. Es erheischt aber auch einen Zustand ständigen Friedens, der ohne Völkerbund nicht zu erreichen ist. Die Idee, die Vorbedingungen einer sozialistischen Gesellschaft durch einen neuen Weltkrieg zu schaffen, müßte man geradezu eine verbrecherische nennen, wenn sie nicht so ungeheuer absurd wäre.

Demokratie und Völkerbund sind beide gleich unentbehrlich als Vorstufen des Sozialismus. Ist die sozialistische Gesellschaft einmal erreicht, braucht man nicht um Frieden und Demokratie zu kämpfen. Da verstehen sie sich von selbst. Heute aber bedeutet jede Niederlage der Demokratie oder des Völkerbundes auch dann, wenn man sie als bürgerliche Einrichtungen bezeichnet, eine Niederlage für den proletarischen Sozialismus.

Mancher Sozialist meint, wenn Demokratie oder Völkerbund versagen, so werde damit bewiesen, daß diese Einrichtungen nichts taugen. Sie seien schlechte Werkzeuge, die wir zu verwerfen hätten. Wer so denkt, vergißt, daß die Wirkung eines Werkzeuges nicht nur von seiner Beschaffenheit abhängt, sondern auch von der Beschaffenheit derjenigen, die es anwenden. Wenn in ein Negerdorf am Kongo ein Traktor gebracht wird, werden die Neger dort in ihrer Unwissenheit und bei der Art ihrer Landwirtschaft mit dem neuen Instrumente nichts anzufangen wissen. Es wird »versagen«. Wird damit bewiesen, daß es schlecht ist? Es zeigt sich nur, daß die Bedingungen für seine Anwendung nicht gegeben sind. Wer es in Gebrauch nehmen will, muß dafür sorgen, daß diese Bedingungen geschaffen werden.

Das gilt auch für Demokratie und Völkerbund. Die Demokratie bedarf zu ihrem Gedeihen einer gewissen geistigen Höhe der arbeitenden Klassen. Wo diese Höhe fehlt, versagen demokratische Einrichtungen, versagt aber erst recht jedes andere Mittel, durch das manche Verfechter des Aufstiegs der arbeitenden Klassen sie ersetzen wollen. Allgemeine Demokratie wieder ist eine Vorbedingung für das erfolgreiche Wirken des Völkerbundes und für den Völkerfrieden. Sie ist es deshalb, weil sich in ihr die arbeitenden Klassen durchsetzen können, die überall den Krieg verabscheuen, heute mehr als je; das heißt, sie verabscheuen den Angriffskrieg, nicht die Abwehr einer Vergewaltigung.

Die Demokraten verlangen daher nach einem Mittel, internationale Konflikte friedlich beizulegen, also nach dem Völkerbund.

Anders ein Despotismus — ich spreche hier nur vom Gegensatz zwischen Despotismus und Demokratie. Zwischen beiden gibt es ungemein viele Zwischenstufen. Diese werden praktisch sehr wichtig, können aber hier nicht in Betracht gezogen werden. Das würde die Untersuchung ungemein komplizieren, ausdehnen und dabei weniger übersichtlich machen.

Der Despotismus, die Allmacht einer Person oder Clique, die über einen Staatsapparat, Bürokratie und Armee unbeschränkt verfügt, empfindet äußere Schranken ebenso unbillig wie innere. Sie sinnt notwendigerweise auf »Expansionen«, auf stete Ausdehnung des Staatsgebietes, der Staatsmacht. Sie ist immer bereit, jeden Widerstand, den sie findet, mit Waffengewalt niederzuwerfen — wenigstens dort, wo sie sich als der stärkere Teil fühlt.

So schön die Idee des Völkerbundes und des ewigen Friedens ist, sie bleibt undurchführbar, solange die Mehrheit der Staaten mehr oder weniger absolute Monarchien oder gar Diktaturen sind. Diese Idee fand eine zahlreiche Anhängerschaft unter den bürgerlichen Demokratien der 60er Jahre des vorigen Jahrhunders. Marx hatte damals nicht viel für sie übrig. In der Tat, die »Vereinigten Staaten Europas« hätten sonderbar ausgesehen, wenn zu ihren Mitgliedern gehört hätten: die Staaten Louis Napoleons, Wilhelms von Preußen, Franz Josefs von Oesterreich, Alexanders von Rußland. Der Völkerbund wurde erst möglich 1918, als die drei großen Militärmonarchien Europas zu Boden lagen, allenthalben demokratische Republiken oder doch parlamentarische Monarchien entstanden, der Absolutismus für immer überwunden und der siegreiche Vormarsch der arbeitenden Klasse zur Beherrschung der Staaten gesichert schienen.

Auf diese Weise entstanden die Vorbedingungen für den Völkerbund. Sie verschlechterten sich in dem Maße, in dem neue absolute Staatsgewalten aufkamen, durch die das Geltungsbereich der Demokratie in der Staatenwelt zurückgedrängt wurde. Das hat jetzt eine solche Ausdehnung angenommen, daß aus der Krise der internationalen Demokratie, eine Krise des Völkerbundes geworden ist. Jedes neue Erstarken der Demokratie muß aber auch wieder zu einer Kräftigung des Völkerbundes führen.

II.

Es ist keine Frage: Der Völkerbund wurde unter keinem glücklichen Stern geboren. Nicht von einem internationalen Kongreß, an dem alle Staaten der Welt frei und gleichberechtigt teilnahmen, wurde er beschlossen. Sondern die Sieger im Weltkrieg haben ihn diktiert, und zwar als Teil des Versailler Vertrages. Die besiegten Staaten gehörten ihm zunächst gar nicht an. Sie wurden erst später nach und nach zugelassen.

Kein Wunder, daß der Bund vielfach als bloßes Werkzeug der Siegermächte betrachtet wurde, als Mittel, die Niederhaltung der Besiegten zu verewigen.

Das war freilich von Anfang an unrichtig. Unter den leitenden Staatsmännern der siegreichen Staaten war es derjenige, der am wenigsten vom Siegesrausch blind gemacht wurde, und der am meisten die Besiegten schonen wollte, der den Gedanken des Völkerbundes durchsetzte. Es war der Präsident der Vereinigten Staaten, Woodrow Wilson, der auf den Völkerbund besonders deshalb Wert legte, weil er in ihm das Mittel sah, alle die unzweckmäßigen oder ungerechten Bestimmungen mit der Zeit auszumerzen oder unschädlich zu machen, die gegen sein Streben in die Friedensverträge hineingezwängt worden waren.

Leider wurde Wilsons Absicht gerade durch seine eigenen Landsleute durchkreuzt. Der Weltkrieg hatte sie gedrängt, sich in die Verhältnisse von Europa machtvoll einzumengen. Nach Beendigung des Krieges dämmerte ihnen dann die Furcht auf, sie begriffen Europa nicht, sie könnten daher durch den Völkerbund gezwungen werden, in Konflikte einzugreifen, von denen sie nichts verstünden. Statt daraus den Schluß zu ziehen, sie müßten die Verhältnisse Europas besser studieren, hielten sie es für angezeigt, dem Völkerbund fernzubleiben, der nicht zum wenigsten auf ihr Betreiben gegründet worden war.

Sie wollen sich vor einem Kriegsbrand dadurch schützen, daß sie untätig zusehen, wie im Haus des Nachbarn Feuer ausbricht. Sie könnten die Flammen bei sofortigem energischem Eingreifen ohne weiteres löschen, ziehen es aber vor, zu warten, bis das Feuer alle Nachbarhäuser ergriffen hat und schließlich auch ihr eigenes Haus bedroht. Dieses untätige Zusehen bei einem verheerenden Brand nennen sie: Pazifismus. In Wirklichkeit kann bekanntlich auch der Frömmste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt. Und selbst der intensivste Pazifismus vermag nicht die Tatsache aus der Welt zu schaffen, daß alle entscheidenden Fragen in der Staatenwelt noch Machtfragen sind. Nur darf man als Macht nicht bloß die bewaffneten Armeen betrachten. Oekonomische, organisatorische, geistige Ueberlegenheit — sowohl des Wissens wie der Moral, Begeisterung usw. — sind auch reale Kräfte. Aber eine Uebermacht muß da sein bei der Entscheidung jedes internationalen Konflikts. Soll der Völkerbund imstande sein, jegliche gewaltsame Austragung eines derartigen Konflikts zu hindern, muß er stark genug sein, mit solcher Uebermacht einem jeden Friedensstörer entgegentreten zu können, daß dieser eine Auflehnung gegen den Völkerbund gar nicht versucht.

Die Schaffung einer solchen Uebermacht für den Völkerbund wird in der Regel nicht schwer sein, wenn die Vereinigten Staaten ihm angehören, das ökonomisch gewaltigste Staatenwesen der Erde. Ohne sie wird es nur schwer gelingen.

Trotzdem hätte der Völkerbund auch ohne die amerikanische Union seine Friedensmission erfolgreich erfüllen können, wenn allgemein die Staaten der Welt so demokratisch geblieben wären, wie der Ausgang des Krieges sie gestaltet hat. Denn demokratische Staaten haben kein gewalttätiges Expansionsbedürfnis, d. h., Staaten nicht bloß mit demokratischer Verfassung, sondern auch mit einer arbeitenden Bevölkerung, die es versteht, in ihr und durch sie ihre Interessen zu wahren.

Aber leider blieben nicht alle Staaten so demokratisch wie sie zu Kriegsende gewesen sind. In Rußland wurde wohl der zaristische Absolutismus schon im März 1917 gestürzt, aber unter Bedingungen, die

nicht zu fester Demokratie führten, sondern zuerst zu anarchistischer Auflösung, aus der schließlich die Diktatur der kommunistischen Partei hervorging — eine Diktatur, die weiteren Diktaturen die Wege ebnete. Jede Diktatur drängt nach Ausdehnung ihres Einflusses, ihres Gebietes. Das bezeugte auch die neue Diktatur in Rußland. Nur war sie nach dem militärischen Zusammenbruch des Zarismus zu schwach, selbst mit kriegerischem Angriff vorzugehen. Der Weg, den sie wählte, sich weitere Gebiete und zahlreiche Völker untertan zu machen, war der einer Weltrevolution, deren Führung und Beherrschung den Herren Rußlands zufallen sollte. Diese Idee setzten sie der des Völkerbundes entgegen. Wer in der Welt bolschewistisch dachte, auch wenn er nicht einer kommunistischen Partei angehörte, wurde dadurch Gegner des Völkerbundes, ebenso wie es die reaktionären Nationalisten in den besiegten Staaten waren. Dagegen traten von vornherein jene Sozialisten für die Idee des Völkerbundes ein, — ohne seine Fehler zu übersehen — die erkannten, es sei eine Illusion zu erwarten, daß die Revolutionen der Länder, in denen die Armeen zusammengebrochen waren, auf die Staaten der Sieger oder der Neutralen übergreifen würde.

Heute wird von den Bolschewisten selbst zugegeben, diese Erwartung sei eine Illusion gewesen. Nur behaupten sie jetzt, sie hätten die Illusion nie gehabt. Vor Jahren ließ ein Witzblatt einmal einen Berliner Backfisch die Mutter fragen: »Mutter, was ist ein Leutnant?« Mit derselben Unschuld fragte unlängst Stalin einen ihn interviewenden amerikanischen Pressemenschen: »Bitte, was ist das, die Weltrevolution?«

Sowjetrußland hat darauf verzichtet, die Weltrevolution zu entzünden. Es war ganz logisch, wenn es nun dem Völkerbund beitrat. (September 1934.) Aber leider geschah das erst, nachdem die Fata Morgana der Weltrevolution die Kräfte nicht nur jener Parteien, die ihr nachjagten, sondern vielfach auch die der Sozialisten und Demokraten, die sich von ihr nicht betören ließen, empfindlich geschwächt und dafür die der Gegenrevolution zugunsten von Despotismen beträchtlich gestärkt hatte. Das hemmte gar sehr die Wirkungsfähigkeit des Völkerbundes.

III.

Die Machtlosigkeit des Völkerbundes trat zuerst in Ostasien zutage. Die Sowjetrepublik hatte dort die chinesische Republik aufs tiefste erschüttert. Gleichzeitig war in Japan ein autoritärer Kurs der Militärpartei in die Höhe gekommen. Natürlich lautete das erste Wort dieses neuen Despotismus: Expansion. Zunächst sollte sie vollzogen werden auf Kosten des wehrlosen China. Dieses wandte sich um Hilfe an den Völkerbund, dessen Mitglied es ebenso wie Japan war. Damals bereits versagte der Völkerbund, er vermochte die japanische Annexion der Mandschurei nicht zu verhindern. Er begnügte sich mit einer moralischen Verurteilung der Japaner (1933). Doch auch das war diesen schon zu viel. Sie traten aus dem Völkerbund aus.

Das Schauspiel ist also nichts Neues, das uns jetzt der Krieg zwischen den beiden Völkerbundsmitgliedern Italien und Abessinien bietet. In dem einen wie in dem andern Falle blieb es keinen Augenblick zweifelhaft, wer der Angreifer war. Hier wie dort trat dieser ganz unverhüllt als Eroberer auf. Und jetzt wie damals zeigt sich der Völkerbund unfähig, den Krieg und die Niederwerfung der Angegriffenen zu hindern. Italien verhöhnt 1936 ebenso den Völkerbund, wie es Japan 1933 tat. Es bildet keinen Fortschritt, daß die Macht, die ihm Hohn spricht, damals sich gezwungen

fühlte, aus ihm auszuscheiden, während der jetzige Friedensbrecher unangefochten inmitten der Versammlung bleibt, der er eine Ohrfeige nach der anderen versetzt.

Trotzdem ist Italiens Position jetzt eine erheblich bedenklichere als die Japans vor drei Jahren. Sein Krieg geht nicht im Fernen Osten vor sich, sondern an der Schwelle Europas. Und er empört nicht bloß die Friedensfreunde in Europa, sondern auch die Imperialisten einer Großmacht. Diese setzte sich daher für den Völkerbund und den Völkerfrieden ein, was sonst nicht ihre Sache ist.

Wie jeder Despotismus, drängt auch der italienische seit seinem Bestehen nach Expansion. Da sie ihm augenblicklich in Europa verwehrt ist, sucht er sie in Afrika, im nördlichen und östlichen Afrika, gerade an Stellen, die für den Seeweg von England nach Indien in Betracht kommen. Lybien und Abessinien bilden vereint eine Zange, zwischen der Aegypten mit dem Suezkanal liegt. Die Engländer haben dem ersten Napoleon schwere Niederlagen beigebracht, als er Aegypten besetzte (1798). Sie haben 1854 gegen Rußland Krieg geführt, als dieses sich des Bosporus und der Dardanellen bemächtigen wollte, um den Weg nach Aegypten freizubekommen. Wenn jetzt ein italienischer Despot den Spuren des ersten Napoleon und des Zaren folgt und deren Rolle übernimmt, stößt er auf die gleiche englische Gegnerschaft wie jene. Und wie dem Zaren gegenüber im Krimkrieg schließt jetzt auch Mussolini gegenüber diese Gegnerschaft die ganze englische Nation ein: Die Verfechter der Völkerfreiheit, die Brandmarker jedes Angriffskrieges stehen diesmal zusammen mit den Verteidigern des britischen Kolonialreiches.

Das könnte dem Völkerbund Italien gegenüber jetzt eine ganz andere Machtstellung verleihen, als er 1933 Japan gegenüber besaß. Aber leider wird diese anfänglich sehr einfache und klare Situation verwickelt und verwirrt dadurch, daß noch eine andere Großmacht dem Despotismus und damit den mit ihm verbundenen Expansionsbestrebungen verfallen ist: das Deutsche Reich, diese sonderbare Republik, nicht mit einem Großherzog, sondern einem Dalai-Lama an der Spitze: Hitler, der jüngsten Fleischwerdung des göttlichen Erlösers.

Dieser hat nichts Eiligeres zu tun, als dem deutschen Volke, das bis zum Kommen dieses Erlösers so bedrückt gewesen ist, die volle »Freiheit« zu gewinnen, die für ihn gleichbedeutend ist mit der Freiheit, unbeschränkt zum Kriege zu rüsten. Es schiert ihn nicht, daß das deutsche Reich durch das Streben nach dieser Freiheit vor den Völkern der Welt wieder in demselben Lichte eines Friedensstörers dasteht, in dem vorher der letzte Kaiser aus dem Hause Hohenzollern erschienen war. Anfang 1933 wurde Hitler Reichskanzler. Der Reichstag, gewählt unter dem Druck der Panik, die der Reichstagsbrand hervorrief, setzte die Weimarer Verfassung außer Kraft (März 1933) und schon im Oktober des gleichen Jahres schied Deutschland unter einem fadenscheinigen Vorwand aus dem Völkerbund und der Abrüstungskonferenz aus. Von da an begann es fieberhaft aufzurüsten und die Notwendigkeit der Expansionen seines Gebietes zu betonen. Daß Deutschland sich dabei Polen näherte, und als seinen Beruf die Rettung Europas vor dem russischen Bolschewismus verkündete, verhieß nichts Gutes für die Sowjetrepublik.

Die Staatsmänner, die heute Polen regieren, sind offenbar durch traditionellen Russenhaß blind gemacht, so daß sie darüber die Gefahr vergessen, die ihnen von einem siegreichen deutschen Militarismus droht. Im Jahre 1804 verbündete sich Preußen mit Oesterreich, um die Dänen

aus Schleswig-Holstein zu verjagen. Sobald das gelungen, forderte Preußen das eroberte Gebiet für sich allein und bekriegte darob den Verbündeten von gestern. Das Schicksal Oesterreichs (1806) dürfte den Polen blühen, wenn sie versuchen sollten, Hand in Hand mit Deutschland die Bolschewiki aus der Ukraine verjagen zu wollen, und wenn das gelingen sollte. Das ist freilich keineswegs sicher. Das heutige Rußland dürfte unter den Militärstaaten der Welt an kriegerischer Kraft wohl mehr bedeuten, als ehemals das zaristische Rußland. Und es steht nicht isoliert da. Das Dritte Reich darf freilich den Russen gegenüber auch noch die Japaner als seine Verbündeten betrachten. Aber dafür hat die Sowjetunion einen mächtigen Freund in Frankreich und den ihm anhängenden Staaten Osteuropas gefunden. Um das zu erleichtern, entschlossen sich die Herren Rußlands zu einer Schwenkung von 180 Grad. Sie verbrannten kurzweg, was sie bis dahin angebetet, verzichteten offen auf die Idee der Weltrevolution, die schon längst bloße demagogische Phrase geworden war. Frankreich hieß sie willkommen, beide Staaten fühlen sich durch das deutsche Rüsten aufs Aergste bedroht.

Man vergesse nicht die militärische Ueberlegenheit Deutschlands über Frankreich, die eintritt, sobald die Deutschen rücksichtslos rüsten. In Deutschland wohnen 66 Millionen Menschen, 141 auf den Quadratkilometer, in Frankreich bloß 41 Millionen, 76 auf den Quadratkilometer. Und wie sehr ist die deutsche Schwerindustrie der französischen überlegen. Frankreich produzierte im Monatsdurchschnitt 1935 522.000 Tonnen Rohstahl, das Deutsche Reich dagegen 1,342.000! Und diese Zahlen steigen rasch an, indes die französische Produktion sich gleich bleibt. Es betrug die Stahlproduktion in tausend Tonnen

	Deutschland	Frankreich
Januar 1934	818	518
Dezember 1934 . . .	1040	509
Januar 1935	1138	495
Dezember 1935 . . .	1442	500

Frankreich ist also Deutschland gegenüber hoffnungslos im Nachteil, wenn dieses unbeschränkt rüstet. Am besten wäre es natürlich für die Franzosen wie für die Deutschen, wenn sie eine Politik der Verständigung und der Freundschaft betrieben. Eine solche ist jedoch nur möglich, wenn auf beiden Seiten Demokratie herrscht. Wie ehedem das französische Kaiserreich die Deutschen mit unbesieglichem Mißtrauen erfüllte, so übt das Dritte Reich Hitlers dieselbe Wirkung auf die französische Nation aus, um so mehr, wenn es mit aller Macht rüstet und seine »Freiheit« und »Wehrhoheit« nicht mit Methoden friedlicher Verständigung anstrebt, sondern mit brutaler Zerreißung eingegangener Verpflichtungen, mit Methoden der Erpressung, die der Gegenseite nur die Wahl zwischen Unterwerfung unter vollzogene Tatsachen oder Krieg lassen. Was Hitler am 7. März d. J. tat, der Einmarsch in die vertragsmäßig entmilitarisierte Zone, war eine frivole Kriegsprovokation. Nur die Kaltblütigkeit und Friedensliebe der durch den deutschen Schritt betroffenen Mächte hat damals den Krieg verhindert.

Durch sein Vorgehen hat Hitler selbst den Weg freundschaftlicher Verständigung Deutschlands mit Frankreich verschüttet. Der Weg hemmungslosen Wettrüstens zwischen beiden ist eröffnet. Er führt sicher, schließlich eher zum ökonomischen Ruin Deutschlands als Frankreichs, gibt den Deutschen aber zeitweise die Möglichkeit militärischer Ueber-

legenheit. Um diese abzuwehren, bleibt den Franzosen nur eines übrig: die Gewinnung von Bundesgenossen.

Das Streben nach Bündnissen bestimmte schon nach 1871 stets die Politik Frankreichs, jedoch ebenso die des neuen deutschen Kaiserreichs. Auf diesem Wege zeigte sich lange die deutsche Politik erfolgreicher als die französische. Erst um die Jahrhundertwende gelang es den Staatsmännern Deutschlands, eine Politik zu machen, die es in der Welt völlig isolierte, und es in den Weltkrieg mit von vornherein bestehender Unterlegenheit eintreten ließ. Die Deutschen mögen sich damit brüsten, sich vier Jahre lang gegen eine große Ueberzahl behauptet zu haben. Aber derjenige Feldherr, Staatsmann, ist ein Esel, wenn auch vielleicht ein heroischer, der ohne Not sein Heer oder seinen Staat in eine Situation hineinmanövriert, in der er gezwungen ist, einen Kampf mit einer Uebermacht aufzunehmen. Das ist es, was Hitler tut. Er setzt damit die Politik Wilhelm I. fort, die Deutschland ins Verderben führte. Er wiederholt sie unter Umständen, die für das deutsche Reich jetzt noch weit ungünstiger sind als vor zwanzig Jahren.

Augenblicklich scheint allerdings ein großes Ereignis ihn zu begünstigen, der italienisch-abessinische Konflikt. Ohne ihn hätte wohl Hitler seine jüngsten Husarenritte nicht gewagt. Italiens aggresives Vorgehen in Abessinien ruft, wie wir gesehen, die Gegnerschaft nicht nur aller Demokraten und Friedensfreunde, sondern auch der Imperialisten Englands wach. Frankreichs Imperialisten dagegen fühlen sich dadurch nicht bedroht. In Frankreich begegnet Mussolini bloß dem Widerstand der Demokraten, nicht der Reaktionäre. Dagegen fühlen sich in Frankreich alle Kreise der Nation von Hitler bedroht, der vielen Imperialisten Englands als eine quantité négligeable erscheint, da er doch über keine große Flotte verfügt. Nur die Demokraten und Sozialisten der beiden Staaten wenden sich gleichmäßig gegen Hitler und Mussolini. Die Reaktionäre und Imperialisten wollen gute Beziehungen zu dem einen, um ihre ganze Kraft gegen den anderen richten zu können. Sie fürchten ein Zusammengehen des italienischen und deutschen Faschismus, und über dem Bestreben, es zu verhüten, drohen sie selbst uneins zu werden.

Käme es dahin, es wäre ein großer Triumph für den Faschismus in der Welt. Frankreich und England ihm gegenüber einig zu erhalten, ist die wichtigste Aufgabe des Augenblicks für die Demokraten und Sozialisten aller Länder. Das demokratische Empfinden ist hoffentlich hier wie dort stark genug, die Erhaltung der Einigkeit zu ermöglichen. Ein Glück, daß das Zentrum der Sozialistischen Arbeiter-Internationale seinen Sitz in Belgien hat, gleich eng verbunden mit der englischen wie der französischen Arbeiterbewegung. Von der Kraft und dem Verständnis der Proletarier Frankreichs und Englands hängt in der jetzigen Situation der Frieden der Welt ab.

IV.

Es gibt Pazifisten, die fürchten, der Weltfrieden werde gerade dann gefährdet, wenn die demokratischen Mächte nicht jede Provokation der Friedensstörer ruhig hinnehmen, sowohl den italienischen Eroberungskrieg in Abessinien, wie auch die Bedrohung Frankreichs und Rußlands durch Deutschland. In Wirklichkeit ist die Widerstandslosigkeit dem Friedensstörer gegenüber nicht die Methode, den Frieden zu erhalten, sondern die Methode, den Friedensstörer kühner und begehrlicher zu machen. Sie erspart nicht den Krieg, sondern schiebt ihn nur hinaus, da-

mit er später ausgefochten wird, nachdem der Friedensstörer an Macht und Ansehen gewonnen hat.

Das soll natürlich kein Plädoyer für einen Präventivkrieg sein. Jeder große Krieg, welches immer sein Zweck ist, bedeutet bei der heutigen Kriegstechnik das Ende der Zivilisation für die in ihn hineingezogenen Staaten. Nein, es gilt den Frieden zu retten. Das gelingt aber nur, wenn die am Frieden interessierten Staaten sich gegen jeden Friedensstörer einmütig und energisch erheben, ihn wirtschaftlich und politisch isolieren und eine Uebermacht gegen ihn aufbringen, die groß genug ist, ihm jeden Versuch, an die Waffen zu appellieren, als Wahnwitz erscheinen zu lassen.

Das zu erreichen, ist sicherlich nicht leicht. Doch ist es die einzige heute mögliche Methode, den Frieden zu erhalten.

Unter den Staaten, die zur Zeit den Frieden bedrohen, ist Deutschland unstreitig der stärkste. Es ist die Hochburg des modernen Despotismus. Japan liegt zu fern, um auf Europa eine Wirkung ausüben zu können. Italien aber ist durch sein afrikanisches Abenteuer trotz aller Siege nicht gestärkt, sondern gelähmt.

Die Anziehungskraft der Kolonialpolitik für die europäischen Mächte bestand bisher darin, daß sie den Eingeborenen der außereuropäischen Länder (nicht den Nachkommen weißer Einwanderer) militärisch weit überlegen waren, so daß kleine Streitkräfte genügten, riesige Reiche zu erobern und im Zaum zu halten. So beträgt z. B. in Niederländisch-Indien mit 60 Millionen Einwohnern die dort stehende Armee etwa 30.000 Mann. Italien ist der erste europäische Staat, der es für notwendig fand, in einem Kolonialkrieg gegen Farbige ein riesiges Heer aufzubieten. Die Zahl der nach Abessinien entsandten italienischen Truppen (samt den für Armeezwecke dienenden Arbeitern) darf man auf eine halbe Million schätzen. Nur durch eine große Uebermacht konnte Italien siegen. Und nur durch eine große Uebermacht wird es sich im Lande auch weiterhin behaupten können. Wenn Mussolini Abessinien den Italienern anpries als Abzugskanal für die überschüssige Bevölkerung Italiens, durch den sie zu Wohlstand gelangen soll, so wird es tatsächlich ein Abzugskanal für alle die Ersparnisse und Geldüberschüsse werden, die sich in dem so armen italienischen Volk bilden konnten; demnach also ein Mittel, sein Verkommen im Elend zu beschleunigen.

Bei dieser Sachlage, solange es ein ungebärdiges Abessinien am Halse hat, vermag selbst ein Hasardeur es nicht zu übernehmen, Italien in einen Waffengang mit einem starken Gegner in Europa zu verwickeln. Mussolini wird sich hüten, um Hitlers willen etwas zu riskieren.

Dazu kommt, daß von den Diktatoren, die keine gemeinsame Idee verbindet, jeder dem anderen mit äußerstem Mißtrauen, manchmal mit ausgesprochener Feindseligkeit gegenübersteht. Speziell zwischen Hitler und Mussolini bildet Oesterreich einen bösen Zankapfel. Der Expansionsgedanke, der sie beseelt, hetzt sie gegeneinander.

Das alles macht es möglich, trotz aller Schwierigkeiten für die Sache des Friedens eine Uebermacht zustande zu bringen, mit der kein Friedensstörer anzubinden wagt, und Bedingungen zu schaffen, die den Frieden sichern, trotz aller Expansionslust der Diktatoren.

Aber allerdings, zaghaft oder gar uneins dürfen dabei die dem Frieden dienenden Regierungen nicht auftreten. Und ebenso sehr ist es unerläßlich, so umsichtig als möglich aufzutreten, in einer Weise, die es der Demagogie einer den Frieden störenden Regierung schwerer macht, dem eigenen Volk einzureden, es werde vom feindlichen Ausland angegriffen, unterdrückt, mißhandelt.

Der nationalistischen Demagogie haben sich stets Kriegstreiber und Reaktionäre gern bedient. Das nationale Empfinden erreicht, namentlich bei besiegten, aber auch schon bei bedrohten Völkern, leicht eine ungeheure Intensität, die alles kritische Denken der eigenen Regierung gegenüber erstickt und die wildeste Wut gegen fremde Regierungen und Völker entfesselt. So unangenehm das ist, es spielt eine große Rolle im Völkerleben, wir müssen damit ebenso rechnen, wie es unsere Gegner tun.

Das Gelingen der nationalistischen Spekulation in Deutschland wird sehr erschwert, wenn die im Interesse des Friedens notwendigen Forderungen an Deutschland nicht von einzelnen Regierungen ausgehen, sondern vom Völkerbund oder von diesem wenigstens gebilligt werden.

Dieser hat wohl schon einige Male versagt, wo es galt, ein Mitglied des Bundes vor der Vergewaltigung durch ein anderes zu schützen, aber er ist sich noch nie in der Weise untreu geworden, daß er die Vergewaltigung einer Nation im Interesse einer anderen Nation gefordert oder gefördert hätte.

Bleibt die Aktion für den Frieden in den Händen des Völkerbundes, so ist am ehesten eine Garantie dafür gegeben, daß sie nicht zu einem Ausfluß beschränkter Ranküne oder Angst einer einzelnen Nation wird. Es wird dadurch aber auch jede demagogische Ausnutzung der Aktion zu nationalistischen Zwecken in hohem Maße erschwert. Natürlich ist in einem Lande der Diktatur, in dem jegliche Berichterstattung ein Regierungsmonopol bildet, jeder verlogenen Darstellung Tür und Tor geöffnet. Doch selbst unter diesen Umständen muß es z. B. in Deutschland anders wirken, wenn eine Forderung bloß als eine Zumutung Frankreichs erscheint oder als eine Willenskundgebung der ganzen Welt.

Der Völkerbund ist daher keineswegs überflüssig geworden, obwohl die Fortschritte der Diktaturen seine Wirksamkeit sehr eingeengt haben. Er bleibt notwendig, auch wenn er nicht mehr ein Bund aller Völker der Welt oder wenigstens aller Kulturvölker ist, sondern nur noch ein Bund der Demokratien und Friedensfreunde unter den Nationen der Welt.

Sein Bestehen erleichtert es, die Nationen dieser Art zu einer geschlossenen Front zusammenzuschließen, die heute immer noch den Friedensstörern so sehr überlegen ist, daß sie diese zur Ruhe verweisen kann — allerdings nur dort, wo sie sich einig und energisch zeigt. Sein Bestehen erleichtert es aber auch, daß die demokratischen und friedensfreundlichen Regierungen einem den Frieden bedrohenden Regime in einer Weise entgegentreten, die der Freiheit und Gleichberechtigung der von ihm beherrschten Nation nicht im geringsten nahe tritt, die daher auch von allen Demokraten und Friedensfreunden dieses Volkes ohne jedes Bedenken unterstützt werden darf, ja unterstützt werden muß, da der Sieg des Friedens über den Friedensstörer für alle Völker eine Erlösung von schlimmster Gefährdung bedeutet, auch für das des Friedensstörers selbst. Ja, am meisten für dieses. Denn für dieses Volk würde der Krieg nicht nur alle Schrecken der Vernichtungsmittel unserer Zeit bringen, sondern obendrein noch die der Niederlage. Andererseits muß ein außenpolitischer Mißerfolg einer Diktatur schon im Frieden ihren Bestand arg gefährden. Und was das bedeuten würde, brauchen wir nicht zu erörtern.

Der Völkerbund ist und bleibt also unerläßlich. Mehr als je aber bedarf er der Einigkeit und Geschlossenheit seiner Mitglieder, soll er den großen Anforderungen gerecht werden können, die an ihn herantreten. In diesem Sinne haben alle Sozialisten zu wirken, namentlich in den Ländern, in denen sie schon politischen Einfluß oder gar die Verfügung über

die Staatsgewalt erlangt haben. Eine gewaltige Aufgabe erwächst damit für die Sozialistische Arbeiter-Internationale. Es wird nicht zum wenigsten von den sozialistischen Arbeiterparteien abhängen, ob sie es vermag, die Führung im Kampfe für den Weltfrieden zu gewinnen, zum kraftvollsten Friedensinstrument der Welt zu werden.

Militärpolitische Tatsachen nach dem Locarno-Bruch

Von **Alexander Schifrin.**

Während der deutsche Faschismus nach außen hin seine Gewaltpolitik in eine pazifistische Hülle kleidet, läßt er sich selbst allein durch eine kühle und sachliche Betrachtung der militärischen Machtverhältnisse leiten. Für die europäischen pazifistischen Demokraten und Sozialisten droht indessen die Gefahr, daß sie die Machtgrundlagen der großen kommenden außenpolitischen Konflikte übersehen. Machtpolitik darf nicht zum Monopol der faschistischen Staaten werden. Denn Friedenspolitik ohne Macht kann allzu leicht zur Kapitulation führen.

Der Gewaltstreich am Rhein.

Der Streich vom 7. März hat Europa vor neue vollzogene Tatsachen gestellt. Für Frankreich und mit ihm für den gesamten europäischen Westen entsteht nunmehr eine unmittelbare Gefahr. Der französische Festungsgürtel, die Linie Maginot, ist durch die Remilitarisierung des Rheinlandes und die teilweise schon vollzogene, teilweise bevorstehende Errichtung der deutschen Befestigungen weitgehend entwertet worden. Man muß mit einer sehr raschen Vollendung der deutschen Festungslinie rechnen. Die Linie Maginot ist im wesentlichen in den Jahren 1930—32 gebaut worden, der Aufwand betrug etwa 7 Milliarden Frcs. Der General von Metzsch, eine der militärischen Autoritäten des Dritten Reiches, erklärt nicht ohne Hohn im »Berliner Tageblatt«, das französische Befestigungssystem sei schon überholt, Deutschland werde viel leichtere und zweckmäßigere Befestigungen bauen: also rascher und billiger. Die Bedeutung der Linie Maginot für die Ziele einer strategischen Offensive wird dadurch ganz stark herabgesetzt werden. Auch als Instrument für die Verteidigung hat sie nicht mehr die frühere Bedeutung. Man hat sie auch früher nicht für absolut unüberwindbar gehalten. General Allehaut, ein Militärschriftsteller von Ruf, schreibt darüber: »Anzunehmen, daß diese Befestigungen fähig sind, unserem Lande die absolute Sicherheit zu geben, das würde bedeuten, das Land zum besten halten.«[1]) Allehaut zählt die Chancen des Angreifers auf: er wird seine Offensivmittel gegen ausgesuchte Punkte konzentrieren, vervollkommnete, vorher vielleicht unbekannte Maschinen besitzen, im voraus die Organe der Verteidigung kennen, was seine Zerstörungsarbeit stark erleichtern wird, und in die Attacke Truppen mit bester Ausbildung werfen. Ein eigener Festungsgürtel wird diese Angriffsmöglichkeiten noch weiter fördern, da er an die Maginot-Linie gewissermaßen angepaßt werden kann. Es ist eine entscheidende Frage für seine Sicherheit, ob Frankreich dulden wird, daß an seiner Grenze ein mächtiges Ausfallstor aufgerichtet wird.

---

[1]) General Allehaut. „Être prêt!" Paris 1935. S. 218.

Die militärische Umwälzung in der Rheinlandzone ändert die Situation für ganz Europa. Ein deutscher Festungsgürtel zwischen Basel und Aachen zerschneidet Europa in zwei Zonen, sperrt das französische Heer ab, isoliert Mitteleuropa und Osteuropa von Frankreich und verschafft den im Osten operierenden angreifenden deutschen Armeen eine starke Rückendeckung. Die große Verwundbarkeit Deutschlands im Westen wäre ausgeglichen. Hinter einer mächtigen Festungslinie würde das Dritte Reich die Freiheit der strategischen Entscheidung haben, im Westen oder im Osten anzugreifen: grundsätzlich wären beide Varianten möglich. Im Jahr 1936 besitzt Deutschland bereits eine mächtige Schock-armee, das heißt eine motorisierte Elite-Truppe von großer Beweglichkeit und Schlagkraft, die, durch die Luftflotte unterstützt, speziell für die Invasion besimmt ist. Aber diese Schock-Armee war bisher nicht das, was man die Deckungsarmee nennt: das heißt, sie war nicht direkt in den Grenzgebieten aufgestellt und sie stützte sich nicht auf eine Befestigungslinie. Die Situation Deutschlands war bisher gegenüber den beiden Hauptgegnern, Frankreich und der Sowjet-Union, für eine Offensive ausgesprochen ungünstig, es besaß nicht eine direkt an der Feindesgrenze gelagerte »Deckungsarmee«. Gegenüber Frankreich besteht dieser strategische Mangel nicht mehr: an der Westgrenze ist die deutsche Schock-Armee zugleich zur »Deckungsarmee« geworden, die den ganzen Apparat der modernen Front-Etappe hinter sich hat.

Die französische Armee.

Der neue deutsche Generalstab soll zwei Hoffnungen haben, die ihm gestatten, weitgehende Pläne gegen den Westen zu hegen. Einmal soll die französische Armee zu raschen entscheidenden Offensiv-Operationen unfähig sein; sodann rechnet der deutsche Generalstab mit einem größeren deutschen Vorsprung gegenüber Frankreich, mit einer größeren Anfangsüberlegenheit gegenüber dem Westen als 1914.

Mehrere Mängel der französischen Armee unterliegen keinem Zweifel. Vor allem besitzt sie nicht eine Schock-Armee, das spezielle Instrument für die Offensive. Der journalistische Wortführer des französischen Generalstabs, André Pironneau, spricht es offen aus, daß Frankreich nicht imstande war, auf die militärische Besetzung des Rheinlandes mit einer militärischen Aktion zu antworten.[2]) Frankreich besitzt kein mächtiges und bewegliches, an der Grenze liegendes Korps, das für die Zwecke eines überraschenden Anriffs bezw. Gegenschlags bestimmt wäre. Frankreichs Heer ist seit der Reform 1927 eine ausgesprochene »Abrüstungsarmee«, wie General Sikorski diesen Typ der Armeen nennt, sie war auf eine weitgehende Abrüstung eingestellt. Ihre kurze Dienstzeit hat sie dem Miliz-Typ nahegebracht. Frankreichs Armee hat die Mängel der Miliz-Heere, ohne ihre Vorteile. General Allehaut sagt: »Unsere militärischen Einrichtungen geben uns eine wenig manövrierfähige Armee, mit ungenügender Ausbildung und Kaders, mit langsamer Mobilmachung.« Der rein defensive Charakter der französischen Armee springt in die Augen. »Unsere militärische Mittelmäßigkeit ist die Folge des Wesens unserer Armee«, schrieb General Duval nach dem Streich vom 7. März: »sie ist ausschließlich defensiv, das heißt unfähig zu jeder sofortigen Aktion ohne Mobilmachung«. Dasselbe sagt auch Pertinax: »Ohne eine Mobilmachung, die praktisch Wochen dauern muß, kann unsere Armee, wenn sie ange-

---

[2]) Im »Echo de Paris« vom 27. März.

griffen werden wird, nichts anderes machen, als sich hinter der Maginot-Linie zu verteidigen«. Das wiederholt auch der Militärkritiker der radikalen »Marianne«: »Ein Verzug am Anfang des Krieges ist sicher, eine Periode der Defensive wird uns am Anfang unzweifelhaft auferlegt werden«. Seit 1927 ist die technische Modernisierung der Armee nur sehr langsam und unvollständig durchgeführt worden, was ihr einen konservativen und stagnierenden Zug gab. Man sieht, daß die Philippika mancher deutscher Linkspolitiker gegen den »französischen Militarismus« eben in den Jahren 1925—32 nicht allein politisch unbegründet, sondern auch rein militärtechnisch unberechtigt war. General Allehaut bringt zustimmend eine sowjetrussische Kritik der französischen Armee aus dem Jahr 1932, in der die Rede ist, von der »schweren und überholten Technik«, davon, daß »die französische Armee unfähig ist, den entscheidenden Schlag am Anfang auszuführen, der bei einem Konflikt mit Deutschland von der französischen Heeresleitung geführt werden sollte, und der eine manövrierfähige und bewegliche Armee voraussetzt, die den Weg der Motorisierung und Mechanisierung konsequent geht«.

Seit 1932 hat sich allerdings manches geändert. Vor allem hat die französische Armee in dieser Zeit moto-mechanisierte Truppenverbände erhalten: eine Division der motorisierten Kavallerie, die sogenannte »leichte Division« und drei moto-mechanisierte Divisionen der Infanterie.[3]) Diese Truppenteile haben bei den Herbstmanövern 1935 gute Beweglichkeit und Eintrainierung bewiesen. Die Frage lautet heute, ob man diese Truppen noch weiter stärkt und zu einer geschlossenen Schock-Armee vereint. Seit 1933 besteht in Frankreich eine selbständige Luftwaffe, »Armee de l'aire« mit selbständigen strategischen Aufgaben und eigener Verwaltung. Die Luftflotte ist in den Jahren 1935—36 technisch auf die Höhe gebracht worden, Frankreich besitzt jetzt Jagdflugzeuge mit 400 Kilometer Geschwindigkeit pro Stunde, Bombenflugzeuge mit 350 km Geschwindigkeit und 2 Tonnen Bomben-Traglast. Die Motorisierung der Armee eröffnet neue Perspektiven auch für die Strategie, da die Beweglichkeit heute eine Funktion der Motorisierung ist. »Das Hauptkennzeichen der heutigen französischen strategischen Grundsätze ist das Streben nach größtmöglichster Beweglichkeit . . . Man glaubt heute wieder zu den von Napoleon angewendeten Gesetzen der Kriegsführung zurückgefunden zu haben. Man ist heute der Ansicht, daß das Auftreten der motorisierten und mechanisierten Verbände den Erdoperationen einen neuen Rhythmus, aber auch einen neuen Umfang geben könne, wie sie früher unbekannt waren, abgesehen davon, daß die Luftstreitkräfte die Physiognomie eines neuzeitlichen Krieges verändern werden.« So beurteilt die jüngste Entwicklung der französischen Kriegsdoktrin Oberst von Neubronn in der »Militärwissenschaftlichen Rundschau«, dem Organ des deutschen Kriegsministeriums.

Lucien Souchon hat vor kurzem eine Bilanz der französischen Heeresmacht im Vergleiche mit der neuen deutschen Wehrmacht zu ziehen versucht.[4]) Die französische Armee kann mit der deutschen weder in der Friedens-, noch in der Kriegsstärke konkurrieren: sie ist in beiden überholt. Die Kriegstechnik ist im Vergleich mit der ultra-modernen deutschen

[3]) Motorisierung heißt Verwendung des Motors bei dem Transport der Truppen, Mechanisierung ist die Verwendung der Motorkraft bei der Waffe selbst: Tank, motorisierte Artillerie usw.

[4]) In »Le Domment«, März 1936.

Ausrüstung rückständig, die französischen Kanonen-Typen sind überaltert, die Zahl der modernen Tanks ist bei weitem ungenügend. Frankreich hat dagegen einen doppelten Vorsprung: Einen strategischen, den ihr die Befestigungslinie bietet, und einen taktischen, da sie mit ihren motorisierten Divisionen hinter der Befestigungslinie manövrieren kann. Der erste Vorsprung wird durch die kommenden deutschen Befestigungen ausgeglichen werden, der zweite bleibt, aber diese Manövriermöglichkeit ist Frankreich zunächst nur für die Defensive gegeben.

Die französische Armee hat im Vergleich mit dem Reichsheer noch andere Vorzüge. Bei den geringeren Menschenressourcen verfügt sie über größere ausgebildete Reserven. Sie hat eine stabilere, kontinuierlich entwickelte Organisation, die keine Lücken und Unterbrechungen, aber auch keine danach folgende Inflation in der Aufrüstung kannte, ein größeres Offizierskorps von hoher Bildung, schließlich eine kampferprobte, traditionsreiche Strategie, die jedem Abenteurertum fremd ist, bei der Vorsicht und Kühnheit einander die Waage halten. Foch ist sicher ein besserer Lehrmeister als Ludendorff.

Die Wehrmacht des Dritten Reiches.

Das Tempo der deutschen Aufrüstung überbietet alles, was die Militärgeschichte Westeuropas zu Friedenszeiten kennt. Der französische Militäretat für 1936 beträgt etwas über 6 Milliarden Francs, nach dem Abzug der Ausgaben für die Kolonien ungefähr 5 Milliarden, das sind nicht ganz eine Milliarde Mark. Der deutsche Wehretat für 1936 muß etwa mit 6 Milliarden Mark angesetzt werden (etwas über ein Drittel des Durchschnitts der Militärausgaben in den Jahren 1933—35, die von den englischen Quellen mit 15 Milliarden Mark eingeschätzt werden), also das Sechsfache des französischen. Eine führende sowjetrussische Militärzeitschrift hat die Zahl der in der französischen Kriegsindustrie beschäftigten Arbeiter für das Jahr 1933 mit etwa 120.000 berechnet, die in der deutschen Kriegsindustrie Arbeitenden geht zweifellos in die Million.

Für die militärische Organisation des Dritten Reiches ist das Vorhandensein einer parallelen Armee, die neben dem regulären Heer besteht, kennzeichnend. Die »Krasnaja Swesda«, das Organ des sowjetrussischen Volkskommissariats für Verteidigung, berechnet diese parallele Armee, zu der das erste Aufgebot der paramilitärischen Formationen (Polizei, SS, SA, Arbeitsdienst) gehört, mit 900.000 Mann. Das bedeutet, daß das Dritte Reich, ohne formelle Mobilmachung, eine Armee von über 1.5 Millionen Mann, die es ständig bereit hält, gegen die Gegner werfen kann. In der Verkehrstechnik der Mobilmachung ist Deutschland seinen sämtlichen Gegnern überlegen. Das gesamte Verkehrswesen des Landes wird militarisiert. Der intensive Wegebau und die Autostraßen geben dem Reichsheer neue strategische Möglichkeiten und erleichtern die Führung eines Vielfrontenkrieges. Die Vielseitigkeit der Verkehrsmittel und Fahrzeuge, die das Dritte Reich seiner Wehrmacht zur Verfügung stellt, die Präzision dieser Technik und Regelung wird von keinem einzigen Land übertroffen, nicht von Frankreich mit seinen ausgezeichneten Wegen und nicht von der Sowjet-Union mit ihrer mächtigen Motorisierung der Armee. Das neue Werk über »Hitlers motorisierte Stoßarmee«, das vor kurzem in der Pariser »Editions du Carrefour« erschienen ist, gibt darüber recht wichtigen Stoff. Dieser gewaltige technische Mobilmachungsapparat richtet sich in erster Linie gegen den Westen, Polens Wegearmut erschwert seine Verwendung gegen die Sowjet-Union. Die Remilitarisie-

rung des Rheinlandes und der kommende Festungsgürtel steigern diese organisierte Stoßkraft der deutschen Wehrmacht gegen die Westländer.

Die Einzelheiten über das technische Niveau der deutschen Aufrüstung waren bisher sehr ungenügend bekannt. Man wußte zum Beispiel nicht, ob die deutsche Luftflotte die europäischen Höchstleistungen bereits erreicht hat. Die gut dokumentierte Artikelserie von Roger Crouquet in »Flandre Liberale« gibt eine Reihe von wichtigen Informationen. Die deutsche Kriegsluftflotte soll jetzt Bombenflugzeuge mit einer Traglast von 3.5 Tonnen (D 6—23), andere mit einer Stundengeschwindigkeit von 370 und selbst 408 Kilometer (He. III und Ju. 86) besitzen: gewaltige Leistungen für die Bomber. Das neue deutsche Feldgeschütz von 77 mm soll nach derselben Quelle die Schußreichweite von 14 Kilometer haben — gegen 7 Kilometer des belgischen, das deutsche 100-mm-Geschütz eine Schußreichweite von über 17 Kilometer. Die Ueberlegenheit der deutschen Artillerie steht außer Zweifel, vor allem in dem, was Optik und Telemechanik anbelangt.

Die schwachen Punkte der Reichswehr liegen sicher nicht auf dem Gebiete der Technik. Sie besitzt noch nicht die genügende Zahl ausgebildeter Reserven. Die Lücke, die durch das Fehlen der allgemeinen Dienstpflicht in den Jahren 1919—32 hinterlassen wurde, kann nicht so leicht ausgefüllt werden. Die Kader-Armee, das Reichsheer, ist aus uneinheitlichen ausgebildeten Elementen zusammengesetzt, angefangen von den früheren Reichswehr-Angehörigen, zweifellos der bestausgebildeten Infanterie der Welt, über die halbausgebildete SA bis zum militärischen Rohstoff der jüngst Einberufenen. Eine solche Armee muß noch zu einheitlichen Formationen zusammengeschweißt und durchorganisiert werden. Das Offizierskorps der Reichswehr ist für das neue Massenheer zu klein, auch in der modernen Waffentechnik noch nicht genügend ausgebildet. Hier liegt zunächst das Entscheidende: das ganze Reichsheer muß noch die kombinierte Anwendung der modernen Waffe beherrschen lernen und in größeren Truppenverbänden manövrierfähig werden. Die Zeit, die es dafür braucht, darf aber nicht überschätzt werden. Der jetzige französische Kriegsminister, General Maurin, behauptete, daß das reformierte deutsche Heer schon 1936 in seinen neuen Gliederungen bereit stehen wird. Mehrere französische Militärfachleute rechnen damit, daß die Ausbildung eines deutschen Massenheeres 1937 vollendet sein wird. Es handelt sich also um kurze Fristen von 1—1½ Jahren. Mit jedem Monat wird es für die Außenpolitik des Dritten Reiches immer weniger militärtechnische Hemmungen geben.

Die wichtigste und verhängnisvollste Folge der deutschen Aufrüstung ist die militärische Ueberlegenheit des Dritten Reiches in West- und Mitteleuropa. Die totale deutsche Aufrüstung macht den Vorsprung, den das Dritte Reich gegenüber der gesamten West-Entente: Frankreich, Belgien, England hat, immer größer. Belgien besitzt nur eine kleine Armee von acht Divisionen. Von den augenblicklichen militärischen Möglichkeiten Englands auf dem Kontinent sagt der bekannte englische Militärschriftsteller Liddel-Hart, England hat 1914 nach dem Kontinent 6 Divisionen gesandt, es wird jetzt kaum imstande sein, auch nur zwei zu senden. Das Programm der englischen Aufrüstung sieht beinahe gar keine Vermehrung der Landstreitkräfte vor. Die relative militärische Schwäche der Westländer gegenüber dem Dritten Reich beginnt allmählich auch ihre Außenpolitik zu beeinflussen.

Die Gegenkraft: die Rote Armee.

Die militärische Ueberlegenheit des Dritten Reiches gilt bis jetzt nicht für Osteuropa, da Hitler-Deutschland die Sowjet-Union militärisch nicht überholt hat. Der Vorsprung Deutschlands gegenüber dem Westen ist eine Folge der Progression der deutschen Aufrüstung, einer ungeheuren kriegswirtschaftlichen Kraftanstrengung. Die Progression der russischen Aufrüstung ist nicht geringer, aber im Ausgangspunkt war sie der deutschen voraus. Die Militärausgaben der Sowjet-Union sind 1936 im Vergleich mit 1933 verzehnfacht worden. Man beachte ihre Entwicklung: 1933 1.5 Milliarden Rubel; 1934 5 Milliarden; 1935 8 Milliarden; 1936 14.8 Milliarden. Der 1.5-Millionen-Etat der Sowjet-Union 1933 schließt in sich eine zweifellos größere Leistung als der Reichswehr-Etat von 1932 mit über 700 Millionen Mark. 1933 war die Rote Armee ein Massenheer, ihr Etat in diesem Jahr umfaßt bedeutende Ausgaben für die Motorisierung, in der sie bereits damals die Westarmeen übertroffen hat, für die mächtige Luftflotte, auch für die Aufrichtung des Festungsgürtels an der Westgrenze und in Ostasien. Was für eine Aufrüstungsleistung steckt hinter den Milliardenausgaben?

Die neue Industrie der Sowjet-Union hat eine Struktur, die für eine massive Aufrüstung besonders geeignet ist: Kombination der Schwerindustrie mit dem Maschinenbau. Die Staatswirtschaft als Verwaltungs- und Organisationsform gibt die Möglichkeit, alle notwendigen Anstrengungen auf die Aufrüstung zu konzentrieren. In den Jahren 1933—34 wurden für Militärausgaben 6.5 Milliarden Rubel bestimmt, für die Jahre 1935—36 beträgt die entsprechende Ausgabensumme 24.8 Milliarden Rubel. Für eine moderne Armee sind die neuen Offensivwaffen, die Tanks und die Kriegsluftflotte, repräsentativ. Nach den Angaben der ausländischen Militärfachleute sollte die Rote Armee Anfang 1935 etwa 10.000 Tanks und 5000 Flugzeuge besitzen. Damit stand sie an der Spitze der europäischen Armeen. Oberst Guderjan, der Chef des Stabes bei der Inspektion der Panzertruppen, sagte darüber in der »Militärwissenschaftlichen Rundschau«:

> »Die Russen haben die besten Konstruktionen des Auslandes an Kraftfahrzeugen handelsüblicher Art und an Panzerfahrzeugen gekauft, nachgebaut und ihren Zwecken angepaßt. Sie haben ihre besten und modernsten Fahrzeuge in Massen hergestellt, ihre Truppen in diesen Geräten ausgebildet und ihre taktischen und operativen Absichten der Leistungsfähigkeit dieser Truppen angepaßt. Aus der Reiterarmee Budennijs von 1920 ist das Panzerheer Woroschilows von 1935 geworden. Die Zahl von rund 10.000 Panzerfahrzeugen, 150.000 Kraftschleppern und 100.000 Heereskraftfahrzeugen setzt die Rote Armee in der Motorisierung an die Spitze aller Heere Europas. England und Frankreich sind weit übertrumpft.«[5])

Derselben hohen Meinung von der sowjetrussischen Tankarmee ist auch General Loizeau, Quartiermeister im französischen Generalstab, der als Vertreter der französischen Armee im Herbst 1935 den Manövern der Roten Armee bei Kiew beiwohnte.

Ueber die Rote Luftflotte schreibt Oberst von Bülow in derselben Nummer:

> »Die Luftflotte der Sowjet-Union hat in den vergangenen Jahren eine zahlenmäßige Vergrößerung erfahren, die sie zur stärksten Luftwaffe der Welt macht. Sie ist heute der Kern der gesamten russischen Wehrmacht und besteht aus rund 116 Geschwadern und 90 selbständigen Staffeln in

---

[5]) »Militärwissenschaftliche Rundschau«, Dezember 1935.

einer Gesamtstärke von 4300 Frontflugzeugen erster Linie. Der systematische unaufhaltsame Ausbau dieser Waffe, das Anwachsen der Bombenkräfte und die gründlichen sonstigen Vorbereitungen für einen operativen Luftkrieg lassen unzweideutig erkennen, welche Aufgaben ihr im Ernstfalle zugedacht sind.«

Diese Angaben beziehen sich indessen auf den Stand von Anfang 1935. Ende 1936 kann man vielleicht mit einer Verdoppelung sowohl der Tanks als auch der Kriegsluftflotte rechnen. Bei den Tanks wird es wenig Schwierigkeiten geben; die Sowjet-Union ist die größte Traktorenproduzentin der Welt. Ein Tank ist ein gepanzerter Traktor, mit einem Raupenschlepper und mit Feuerwaffen versehen. Das Programm von 10.000 Kriegsflugzeugen scheint sich auch der Verwirklichung zu nähern. Im Februar 1936 erklärte der frühere französische Luftfahrtminister, Pierre Cot, in der Kammer, die Rote Luftflotte besäße bereits jetzt 3000 Bombenflugzeuge. Da die Zahl der Bombenflugzeuge gewöhnlich ein Drittel der gesamten Kriegsluftflotte bildet, würde die russische Luftflotte Ende 1936 auf rund 10.000 Flugzeuge kommen können.

Das Jahr 1935 hat auch sonst wichtige Aenderungen im Aufbau der Roten Armee gebracht. Ihr Gesamtbestand ist von 940.000 auf 1,300.000 Mann gebracht worden, der Anteil der Kader-Divisionen ist auf Kosten der milizähnlichen Formationen verdreifacht worden, was eine gründlichere Ausbildung der Truppen garantiert. Schließlich ist die Schock-Armee an den Westgrenzen bedeutend verstärkt worden.

Man muß damit rechnen, daß die Schock- und Deckungsarmee, die an den Westgrenzen der Sowjet-Union zwischen Kiew und Pskow liegt, die stärkste ihrer Art in Europa ist. Es ist eben falsch zu glauben, daß die Rote Armee nur für die Defensive tauglich ist. Henri Bidoux, der 1935 in der Sowjet-Union an Ort und Stelle die Situation der Roten Armee studierte, hat wohl Recht, wenn er kürzlich schrieb, daß diese Armee vielmehr ganz für die Offensive geformt, mit mächtigen Offensivwaffen ausgerüstet sei.

Das Bündnis Paris-Moskau.

Die tolle Hetze der Hitlerpresse, die aktiv ablehnende Haltung der französischen Reaktion, die eisig gleichgültige Position der englischen Pazifisten, haben um das sowjetrussisch-französische Bündnis eine psychologisch ungünstige Atmosphäre geschaffen. Die konservativ-pazifistischen konventionellen Formeln der Genfer Observanz tragen dazu bei, daß seine richtige Bedeutung auch in manchen sozialistischen Kreisen nicht erkannt wird. Worin besteht die militärische Bedeutung des sowjetrussisch-französischen Militärbündnisses? Es soll den Friedenskräften in Europa eine militärische Ueberlegenheit gegenüber dem angriffsfertigen Dritten Reich sichern und den deutschen Faschismus verhindern, die militärische Hegemonie in Europa zu erreichen. Das sowjetrussisch-französische Bündnis, das in Mitteleuropa einen Stützpunkt in der Kleinen Entente hat, stellt das Dritte Reich vor die gefährliche Aufgabe eines Vielfronten-Krieges. In einer europäischen Friedenskoalition, in einem Defensivbündnis gegen den nationalsozialistischen Angreifer bildet die Rote Armee eine Wehrmacht, die zu raschen und entschlossenen Offensiv-Operationen fähig ist. Sie bringt dem stark bedrohten europäischen Westen eine Entlastung: Die Wiederholung des Schlieffen-Plans, die Konzentration der gesamten deutschen Wehrkraft gegen den Westen, wie 1914, wäre jetzt unmöglich, weil in diesem Fall die angreifende deutsche Macht eine starke, offensiv vorgehende Rote Armee im Rücken hätte.

Es wäre falsch anzunehmen, daß im Falle eines deutschen Angriffs im Westen Polen imstande wäre, Deutschland von der Sowjet-Union zu trennen. Polen wäre dazu weder politisch noch strategisch fähig. Strategisch nicht, weil die Rote Armee an der russischen Westfront zahlenmäßig dreimal so stark ist wie die polnische und in der Offensivwaffe eine zehnfache Ueberlegenheit hat. Die Motorisierung und die Luftwaffe geben aber einer starken Armee die Möglichkeit, die osteuropäischen Räume zu überwinden. Auch politisch ist Polen für das im Westen angreifende Dritte Reich keine sichere Deckung. Wenn das Dritte Reich Frankreich und Belgien angreift, dann wird es zu einer Lebensfrage für den ganzen europäischen Westen werden, daß die Rote Armee ihm direkt von der deutschen Grenze aus möglichst rasch zur Hilfe eilt. Militärisch gesehen eröffnet heute das sowjetrussisch-französische Bündnis ganz andere Perspektiven als 1914, es beruht auch auf einer anderen Kräfteverteilung. Vor 1914 forderten die französischen Unterhändler von der russischen Heeresleitung das Maximum der offensiven Energie. In dem Protokoll von 1912 hieß es: »Der Plan der Alliierten soll darin bestehen, von beiden Seiten gleichzeitig zu attackieren, mit der Anwendung des Maximums der kombinierten Anstrengungen«[6]) Aber diese Vereinbarungen blieben tote Texte. Die russische Armee von damals war zu raschen Handlungen und großen Offensiven überhaupt nicht fähig, und die Versprechungen ihres Generalstabschefs Schilinski waren bloße Renommistereien. Die Sowjet-Union ist heute militärisch ganz anders koalitionsfähig als das Rußland von 1914. Die Rote Armee hat als Bundesgenosse hohen Wert. Mit ihrer mächtigen Luftflotte, ihrer starken Tankarmee und großen motorisierten Formationen, mit ihrer stärksten Kavallerie Europas und ihrer offensiven Strategie ist sie imstande, weitgehende Verpflichtungen zu übernehmen und großangelegte Zielsetzungen und Pläne für den Fall eines Koalitionskriegs festzusetzen. Die französisch-sowjetrussische Zusammenarbeit gegen den Angreifer bildet das Fundament der europäischen Sicherheit und deshalb das militärpolitische Rückgrat Europas. Sie bildet die Machtgrundlage der Politik der kollektiven Sicherheit. Eine andere Machtgrundlage kann diese Politik gar nicht finden, und ohne Macht ist die kollektive Sicherheit eine Fiktion.

Der Etatismus*)

Eine neue Etappe des Kapitalismus.

Von **Kurt Marso.**

4. Die Entwicklungstendenzen des Etatismus.

Den ökonomischen Ausgangspunkt der etatistischen Entwicklung sehen wir in dem Ueberwiegen von im gegebenen Rahmen unter »normalen« kapitalistischen Bedingungen akkumulationsunfähig gewordenen Wirtschaftszweigen. Eine ähnliche Feststellung trifft auch Sering in seinem angeführten Artikel. Er sieht die Grenzen der »Subventionswirtschaft« darin, daß »die Ausschaltung der technischen Dynamik des Kapitals unmöglich« sei und die Macht des Staates ihre Grenze an der Tat-

[6]) Zitiert nach der russischen Ausgabe der Memoiren Suchomlichows, des damaligen Kriegsministers.

*) Fortsetzung des Artikels der ZfS Nr. 31.

sache finde, daß »die Subventionierung der rückständigen Produktionszweige ökonomisch gesunde Wirtschaftsteile erfordert, aus deren Ueberschuß subventioniert werden kann«. Eine weitere Grenze sieht Sering im »Fortbestehen der internationalen Konkurrenz und in der militärischen Notwendigkeit für jeden Staat, auf der Höhe der Technik zu bleiben«. Es ist notwendig, auf die Seringschen Argumente einzugehen, da er dieselbe Fragestellung hat wie wir, nämlich die nach den Wandlungen des Kapitalismus, aber mit dem Unterschied, daß wir eine neue Etappe des Kapitalismus mit zum Teil neuen Gesetzen glauben feststellen zu müssen, während Sering im Prinzip keinen Wandel anerkennt, sondern nur gewisse zeitweilige Modifikationen und Hemmungen der kapitalistischen Gesetzmäßigkeit, die aber im Grunde nach wie vor »fortschrittlich« bleibt. (Daher bei ihm auch der Faschismus im letzten Sinne fortschrittlich.)

Zunächst gilt es, sich mit dem völlig unklaren Begriff der »technischen Dynamik des Kapitals« auseinander zu setzen. Es gibt eine Dynamik des Kapitals, die ihre Wurzel in dem an sich schrankenlosen Verwertungsbedürfnis des Kapitals hat und sich in dem Kampf des Kapitals gegen alle Schranken, die sich diesem Verwertungsbedürfnis entgegenstellen, durchsetzt. Es ist dies aber keine »technische Dynamik«, sondern die Technik ist nichts als ein Hilfsmittel des Kapitals. Und Kapital ist bekanntlich ein gesellschaftliches Verhältnis, ist mehrwertheckender Wert. Kapital ist kein Ding, keine Sache. Es ist eine der Grundthesen des Marxismus, daß die Produktivkräfte, also doch wohl die menschliche Arbeitskraft in Verbindung mit der Technik, auf einer gewissen Stufe der Entwicklung in Widerspruch geraten müssen mit dem Kapitalverhältnis, in das sie der Kapitalismus zwängt. Anders ausgedrückt heißt das: Die Dynamik der Produktivkräfte (das ist aber nicht die »technische Dynamik«) gerät in Widerspruch zu der Dynamik, das heißt dem Verwertungsbedürfnis des Kapitals. Noch anders formuliert: Es liegt auf einer gewissen Stufe nicht mehr im Interesse des Kapitals, die Produktivkräfte zu steigern.

Gerade hieraus leitet der Marxismus die Notwendigkeit der proletarischen Revolution ab. Wäre dieser Widerspruch zwischen den Entwicklungsgesetzen der Produktivkräfte und dem Kapitalverhältnis nicht, so ergäbe sich allerdings logischerweise die prinzipiell schrankenlose Entwicklung des Kapitalismus zu immer höherer gesamtgesellschaftlicher Organisation und die Tendenz eines Hineinwachsens in den Sozialismus. Dem stehen aber nicht nur die Ergebnisse der theoretischen Analyse gegenüber, sondern heute auch bereits schwerwiegende Tatsachen, die auch Sering nicht übersieht, sondern ausführlich darlegt und als »wachsende kapitalistische Totgewichte« bezeichnet. Auch dieser Terminus ist zumindest unscharf. Es handelt sich nicht um Totgewichte, die den Gesamtkapitalismus hemmen, sondern darum, daß das Kapitalverhältnis in immer größeren und bedeutungsvolleren Sphären in Widerspruch mit den Produktivkräften geraten ist. Diese kapitalistischen Sektoren sind, wenn man so sagen darf, Vorläufer der nächsten Stufe des Gesamtkapitalismus. Sie könnten der Entfaltung der Produktivkräfte nur um den Preis der eigenen Vernichtung Raum geben. Die Fortschritte der Technik bedrohen in entscheidenden Wirtschaftssektoren bereits den Bestand des Kapitalismus. Aber diese Sektoren sind Organe des Gesamtkapitalismus und zeigen nur die zunehmende »Verkalkung« dieser gesamten Gesellschaftsstruktur an. Der Kapitalismus wehrt sich auf dieser Stufe nicht gegen jeden technischen Fortschritt, sondern wendet ihn nach

wie vor dort an, wo er die Verwertungsmöglichkeiten verbessert. Technische Fortschritte fallen nicht vom Himmel, sondern werden durch das gesellschaftliche, im Kapitalismus also durch das kapitalistische Bedürfnis hervorgerufen. Wird dieses geringer, so werden auch die technischen Fortschritte seltener, muß also auch die sogenannte »technische Dynamik« versagen. Und eine wachsende Tendenz in unserer Epoche geht eben in dieser Richtung. Also das Gegenteil von Serings Annahme: Nicht die »technische Dynamik« erzeugt die Dynamik des Kapitals, sondern die Dynamik des Kapitals die der Technik. Versiegt erstere, so muß zwangsläufig auch die zweite versiegen.

Völlig am Zentralproblem unserer Epoche vorbei geht Serings Argument über die Grenzen des Subventionismus. Nicht die Subventionen sind das wesentliche Merkmal der heutigen Etappe des Kapitalismus. Das wesentliche Merkmal ist vielmehr die staatliche Regulierung der Wirtschaft zum Zweck der Sicherung der bestehenden Eigentums- und Gesellschaftsverhältnisse. Deswegen wählen wir die Bezeichnung Etatismus. Die Subventionierung ist nur ein Mittel der Staatsregulierung, keineswegs aber ein integraler Bestandteil des Etatismus. Es kommt allerdings darauf an, wie weit oder wie eng man den Begriff »Subvention« fassen will. Wenn man Steuerbegünstigung, Zollschutz, Preisgarantie und ähnliches als Subvention bezeichnen will (und vom Standpunkt des orthodoxen Liberalismus sind das natürlich Subventionen), dann ist allerdings der Subventionismus ein integraler Bestandteil unserer Gegenwart. Verstehen wir aber unter Subvention nur das direkte Geschenk aus der Staatskasse (a la Osthilfe, Ruhrhilfe, Schiffahrtszuschüsse usw.), dann sind sie weder entscheidend, noch besonders charakteristisch für den Etatismus.

Worauf es ankommt, ist die Funktion der Staatshilfe, nicht die Form, in der sie erfolgt. Und die Funktion der Staatshilfe im Etatismus ist die Verteilung der von der Gesamtwirtschaft erzeugten Mehrwertmasse nach politischen Gesichtspunkten, ist die Verhinderung des Ausgleichs der Profitrate, die Ersetzung der Konkurrenz der Kapitale durch die staatliche Lenkung des Kapitalstroms. Wieso diese Art von Subventionismus eine Grenze an dem Fehlen »gesunder Wirtschaftsteile« finden soll, ist einigermaßen schleierhaft. Was ist denn unter »ökonomisch gesunden Wirtschaftsteilen« zu verstehen? Doch wohl solche, die unter den gegebenen Bedingungen bestehen und Profit machen können! Ein ostelbisches Gut also, das unter den Bedingungen des freien Kapitalismus vor dem Bankerott stand, ist unter den Bedingungen, die der »Reichsnährstand« schafft, gesund! Hier zeigt es sich in aller Deutlichkeit, warum es zu falschen Schlüssen führen muß, wenn kritiklos die Gesetze früherer Phasen des Kapitalismus auf die gegenwärtige Etappe angewandt werden. Es ist notwendig, von einer neuen Etappe zu sprechen, weil eben tatsächlich neue Bedingungen geschaffen sind. Der Mehrwert, der den ostelbischen Grundbesitzern oder den Ruhrindustriellen zugeschanzt wird, wird an anderer Stelle produziert, wird anderen Stellen abgezogen. Z. B. dem Handel, dem Handwerk, dem Klein- und Mittelbauern, der kleinen und mittleren Industrie, den Beamten, und er wird produziert, indem die Arbeiter und Angestellten im Lohn gedrückt werden. Diese Schichten werden dadurch zu einer ungesunden Lebenshaltung gezwungen? Das ist etwas anderes! Aber gerade, indem diese Schichten ungesund leben, d. h. mehr oder weniger hungern, können die »kapitalistischen Totgewichte« wieder sehr lebendig werden. Nicht in dem Fehlen »gesunder Wirtschaftsteile«

findet der Subventionismus seine Grenze, sondern in der Begrenztheit des überhaupt zur Verfügung stehenden Mehrwerts. Mehr als da ist, kann nicht verteilt werden. (Wenigstens nicht auf die Dauer. Zeitweilig geht auch das durch Vorgriffe auf erst zu produzierenden Mehrwert.) In welchem Verhältnis jedoch der zur Verfügung stehende Mehrwert auf die einzelnen kapitalistischen Gruppen verteilt wird, das hat nichts mit der Frage zu tun, wo und unter welchen Bedingungen er produziert wird.

Sering versteht unter ökonomisch gesunden Wirtschaftszweigen offenbar technisch modernst entwickelte, die die rückständigen mittragen sollen, wie er überhaupt Technik und Kapital verwechselt. Es kommt aber vom kapitalistischen Standpunkt aus nicht auf die Rückständigkeit oder Modernität der Produktionsbedingungen an, sondern auf die P r o f i t h ö h e. So ist in der Baumwollindustrie Amerikas das technische Verhältnis zwischen lebendiger Arbeit und Produktionsmitteln ein weit »fortschrittlicheres« als in Japan. (In USA bedienen 425.000 Arbeiter 30,938.000 Spindeln, in Japan 360.000 Arbeiter 9,115.000 Spindeln, aber die Mehrwertrate ist in Japan ungleich höher als in USA, ja sogar der Lohnanteil am Gesamtkapital ist in Japan geringer als in USA, obwohl der japanische Betrieb technisch gegenüber dem amerikanischen rückständig ist. Das heißt aber nichts anderes, als daß (infolge der niedrigen japanischen Löhne) der japanische Betrieb kapitalistisch gesünder ist als der amerikanische, und daß gerade die Rückständigkeit die kapitalistische Gesundheit sichert.

Eine G r e n z e findet der Etatismus allerdings, nämlich die S t a a t s g r e n z e. Nur im eigenen Gebiet kann der Staat die Wirtschaft so regulieren, daß die politisch entscheidenden Wirtschaftssektoren bezw. kapitalistischen Gruppen gesund bleiben. Jenseits der Grenzen gelten andere Gesetze, auch wenn es sich dort gleichfalls um etatistische Länder handelt. Wohl aber hat jeder Staat die Möglichkeit, die Konkurrenz der unter anderen Bedingungen produzierenden kapitalistischen Länder von seinem Gebiet fernzuhalten. Die staatliche Kontrolle und Regulierung des Außenhandels ist darum eine unvermeidliche Begleiterscheinung des Etatismus. Sie mag ihre Formen wandeln, mag elastischer werden als sie zur Zeit in den meisten Ländern ist, sie wird aber zugleich mit der sich verstärkenden etatistischen Entwicklung straffer und lückenloser werden. Im selben Maße sinkt der internationale Warenaustausch auf das notwendige Minimum, da in etatistischen Ländern nicht der Export als Mittel zur Realisierung des Profits entscheidend ist (Profit wird natürlich gern mitgenommen), sondern maßgebend für die Höhe des Exports der Importbedarf ist. Die Ausfuhr dient in erster Linie der Bezahlung der notwendigen Einfuhr, wird also eine Funktion der Einfuhr.

Die Tendenzen des Etatismus gehen also, rein ökonomisch gesehen, dahin, immer stärkere Bindungen für alle Wirtschaftsteile zu schaffen. Die Profithöhe für jeden Wirtschaftszweig und für jede Wirtschaftsgruppe wird immer mehr vom Staat reguliert, je mehr er Produktions- und Absatzbedingungen seiner Kontrolle unterwirft. Er wird dahin getrieben, nicht nur zu kontrollieren und zu bestimmen, w a s produziert werden soll, sondern vor allem auch w i e. Der staatlichen Lohnfestsetzung steht die Forderung des Staats gegenüber, die Zahl der beschäftigten Arbeiter gleichfalls zu fixieren. Die Unternehmer werden verpflichtet, Arbeiter zu beschäftigen —, wenn nötig eben auf Kosten der Maschinenarbeit. Schon darum hat der Etatismus die stärkste Tendenz, den **t e c h n i s c h e n F o r t s c h r i t t a u f z u h a l t e n**. Entscheidend für die Stagnations-

tendenz im Etatismus ist aber, daß er versuchen muß, ein Gleichgewicht zwischen den einzelnen Wirtschaftssphären zu finden und festzuhalten, bei dem allen die Existenz auf mehr oder weniger niedrigem Niveau garantiert werden kann und die eigentlichen Nutznießer des Systems eine gesicherte, möglichst hohe Rente finden können. Jede tiefgreifende technische Neuerung muß dieses Gleichgewicht zerstören.

Die stärkste Gegentendenz gegen die Stagnationstendenz geht von dem militärischen Zwang zur technischen Höchstleistung aus. Diesen Punkt sieht Sering zweifellos richtig. Für das Kapital ist die Technik lediglich ein Mittel zur Profitmacherei. Immer häufiger tritt der Fall ein, daß weniger Technik mehr Profit bringt, das Kapital also am technischen Fortschritt desinteressiert ist. (Wichtigstes Beispiel die europäische Landwirtschaft.) Die Rückständigkeit eines Landes kann, vom Kapitalsstandpunkt aus gesehen, durchaus ein Vorteil sein. Anders der militärische Gesichtspunkt. Hohe technische Leistungsfähigkeit und hoher Stand der technischen Intelligenz und Erfahrung sind wesentliche Faktoren des kriegerischen Potentials. Vom Militär geht darum ein ständiger Druck zur Entwicklung der Produktivkräfte in allen kriegswichtigen Industrien aus, der die etatistischen kapitalistischen Gleichgewichtstendenzen stört, die Belastung der Gesamtwirtschaft erhöht und zur dauernden Steigerung der Ausbeutung der Arbeiter, Bauern und Mittelschichten bis an die physisch tragbare Grenze treibt und schließlich die imperialistischen Expansionstendenzen verstärkt.

Diese Expansionstendenzen sind im Etatismus auch an sich vorhanden, sogar schärfer als in früheren Phasen des Kapitalismus. Der Etatismus ist an sich kriegerisch. Die Möglichkeiten der Steigerung der Kapitalverwertung durch Ausdehnung des Außenhandels und durch Kapitalexport werden ja immer mehr eingeschränkt, je mehr der Etatismus das durchgehende Prinzip aller kapitalistischen Länder wird. Der Drang zur Erhöhung der Profite bleibt aber dem Kapitalismus auch in dieser Phase immanent. Die Ausbeutung der Bevölkerung des eigenen Landes stößt an natürliche Grenzen. Erhöhung der Profite ist dann nur möglich durch Ausdehnung des Ausbeutungsfeldes, das heißt durch Unterwerfung anderer Länder. Daher die Tendenz zur »Großraumwirtschaft« im Etatismus. Diese Art der Ausdehnung des kapitalistischen Ausbeutungsfeldes ist aber in den meisten Fällen ein kriegerisches Problem.

So ist der Etatismus der militante Kapitalismus par excellence. Er hat nur die Wahl zwischen Stagnation oder höchster Steigerung des kriegerischen Potentials, um dieses zur Erweiterung seines Ausbeutungsfeldes in die Waagschale werfen zu können. Die Vorbereitung der Kriegswirtschaft schon im Frieden trotz aller Belastungen, die sie mit sich bringt, ist darum keine spezifische deutsche oder faschistische Sondererscheinung, sondern ein Wesenszug des Etatismus. Sie beschleunigt ihrerseits nach dem Gesetz der Wechselwirkung wiederum allgemein die etatistische Entwicklung, da kapitalistische Kriegswirtschaft heute eben vollkommen etatistische Wirtschaft ist.

Natürlich steigert der ganze Reglementierungsmechanismus im Etatismus die unproduktiven Kosten und das Gewicht der sogenannten unproduktiven Schichten. Und natürlich sieht der Kapitalismus das nicht gern, sondern sucht ihr Gewicht möglich herabzudrücken. Genau so wie er Reibungsverluste und Abfälle in der Produktion nicht liebt, sondern möglichst zu beseitigen oder zu verwerten sucht. Die »produktive Arbeitsbeschaffung«, die Zwangsarbeit u. ä. und die Forderung nach Herab-

drückung der Kosten der Bürokratie sind Bemühungen zur Verwertung der »Abfälle« und zur Verminderung der Reibungsverluste.

5. Politischer Ausblick.

Wir haben eingangs bei der Beschreibung einiger Wesenszüge des Etatismus mit Absicht Beispiele aus einem demokratischen Land gewählt, um dadurch von vornherein dem Vorwurf der Verallgemeinerung deutscher oder faschistischer Erscheinungen entgegenzutreten. Der Etatismus ist eine allgemeine Tendenz im heutigen Kapitalismus, wenn auch die Entwicklung der einzelnen Länder in dieser Richtung nicht gleichmäßig, nicht zu gleicher Zeit, nicht in gleichem Tempo, nicht in den gleichen äußeren Formen vor sich geht. Im allgemeinen ist die politische Begleiterscheinung der Durchsetzung etatistischer Elemente ein Abbau der politischen Demokratie und das Auftreten diktatorischer, »autoritärer« Regierungsformen. Politische Demokratie ist mit dem Etatismus nur unter bestimmten Umständen vereinbar, wenn nämlich die soziale Struktur des Landes derart ist, daß auch in der Form der Demokratie das Uebergewicht einer gesellschaftlichen Schicht (z. B. der Bauern) gesichert ist. In allen anderen Fällen ist der vollendete Etatismus geradezu an irgendeine »autoritäre« Regierungsform gebunden.

Staatliche Regulierung der Wirtschaft setzt einen zentralen Gesichtspunkt voraus. Dieser Gesichtspunkt kann ein agrarischer, ein industrieller, ein finanzkapitalistischer, ein militärischer sein. Immer aber bedarf er der nötigen zentralen Macht, um sich gegen divergierende Interessen durchsetzen zu können. Es ist das Element der Planung, der bewußten Lenkung, das objektiv eine starke von anderen »wesensfremden« Einflüssen unabhängige Zentralgewalt erfordert. Da der etatistische Staat ein Klassenstaat ist, seine Funktion darin besteht, bestimmten sozialen Gruppen und Schichten ihre ökonomischen und gesellschaftlichen Machtpositionen zu sichern, sind »wesensfremd« die Interessen aller Schichten und Gruppen, die das der herrschenden beeinträchtigen könnten. Die Staatsvergottung des Faschismus, seine Totalitätsideologie findet im Etatismus seine ökonomische Wurzel und der Faschismus ist die dem Etatismus adäquateste Herrschaftsform. Das heißt nicht, daß Etatismus und Faschismus unbedingt zusammen gehören, genau so wenig wie der freie Kapitalismus überall unbedingt die reine bürgerliche Demokratie herbeigeführt hat. Aber der Etatismus erzeugt überall sehr starke Tendenzen zum Faschismus.

Unter allen Umständen ist jedoch der Etatismus verbunden mit einer Stärkung der Staatsgewalt und der Bürokratie. Die Staatsfunktion der bewußten Lenkung der Wirtschaft bedingt das. Sehr oft wird in den zentralistischen Tendenzen des Etatismus und in seinen »Planungs«-Maßnahmen eine Entwicklung zum Sozialismus gesehen. (So auch bei Sering). Wir behaupten im Gegenteil: der Etatismus leitet eine Entwicklung ein, die vom Sozialismus wegführt. Das Eindringen immer stärkerer bewußter, regulierender Elemente in die staatliche Wirtschaftspolitik beweist nur, daß die Zeit reif ist für den Sozialismus, daß sie reif ist zur Befreiung von den Fesseln des Kapitals und zur bewußten Lenkung im Interesse der Gesamtgesellschaft, zur Beseitigung der Klassen. Aber gerade dieser Möglichkeiten der Lenkung der Wirtschaft und schließlich aller gesellschaftlichen Kräfte bedienen sich die herrschenden Klassen, um der gesamten Entwicklung eine andere Richtung zu geben und die zum Sozialismus weisenden Entwicklungsten-

denzen zu unterdrücken. Die Möglichkeit der zentralen Lenkung stärkt ungeheuer die Position derjenigen, die im Besitz des staatlichen Machtapparats sind und schwächt entsprechend die Kraft der Massen. Ganz kraß wird das Mißverhältnis zwischen den reaktionären und den revolutionären Kräften unter dem Faschismus, wo nicht nur der Arbeiterschaft, sondern überhaupt allen gesellschaftlichen Schichten mit Ausnahme der herrschenden Clique jegliche Bewegungs-, ja jegliche Kristallisationsmöglichkeit genommen ist.

Die Auffassung, daß die von den faschistischen oder halbfaschistischen Staaten durchgeführte Zentralisierung und die von ihnen geschaffenen Organisationen zur gesamtwirtschaftlichen Regulierung und gesamtgesellschaftlichen Lenkung »Fortschritte« darstellen, die der Sozialismus nur zu übernehmen braucht, hält keiner eingehenderen Betrachtung stand. All diese Maßnahmen dienen der Sicherung der bestehenden Gesellschaftsordnung, *all diese Organisationen sind Zwangsjacken der Entwicklung und müssen vom Proletariat gesprengt werden.* Gewiß ist Sozialismus Planwirtschaft, aber Planwirtschaft nicht vom Kapitalstandpunkt aus. Sozialistische Planwirtschaft hat die Sprengung der Kapitalsfesseln zur Voraussetzung und muß basieren auf lebendiger Selbstverwaltung bis in die untersten Zellen des Volkskörpers. Gewiß ist der Sozialismus auch zentralistisch, aber gleichfalls auf der Basis freiester Demokratie und hat zur Voraussetzung die Vernichtung des Klassenstaats. Die etatistische Wirtschaftspolitik und die faschistische oder »autoritäre« Herrschaftsform verewigen und stabilisieren aber gerade das Kapitalverhältnis und den Klassencharakter des Staats. Alle etatistischen Errungenschaften, so pseudosozialistisch sie sein mögen, müssen von Grund aus umgewälzt werden. Der »Sprung vom Reich der Notwendigkeit ins Reich der Freiheit« ist weitaus leichter von der Basis einer bürgerlichen Demokratie und des nichtregulierten Kapitalismus aus als vom Etatismus und Faschismus. Der Kampf des Proletariats gegen eine nach Interessengruppen und in Parteien gespaltene Bourgeoisie und einen dementsprechenden Staatsapparat ist prinzipiell viel leichter als gegen die zwangsweise geeinte, zentralisierte Bourgeoisie und ihren unerhört gestärkten staatlichen Machtapparat.

Dennoch bietet die neue Etappe des Kapitalismus auch *neue Möglichkeiten des revolutionären Klassenkampfes,* die frühere Phasen nicht in der Form geboten haben. Der Arbeiter — und nicht nur der Arbeiter, sondern ebenso der Bauer, der Handwerker, der Händler usw. — stößt bei dem kleinsten Schritt, den er zur Verbesserung seiner Lage unternimmt, weniger auf den Unternehmer, als auf die Organe der Staatsgewalt. Er lernt jedes kleine Problem seines täglichen Lebens als ein politisches erkennen und gewinnt an Hand der tausend täglichen Erfahrungen ein Bewußtsein der politischen und gesellschaftlichen Zusammenhänge, das einfacher und klarer ist als es je vorher sein konnte. Schein und Wirklichkeit, die in allen früheren Phasen des Kapitalismus weit auseinander fielen, fallen um so mehr zusammen, je mehr sich der Etatismus durchsetzt und bestimmend die gesamtgesellschaftliche Struktur beherrscht. Der Faschismus schafft zwar einen neuen speziellen gesellschaftlichen Schein, der aber je länger je mehr ein künstlicher wird und als solcher erkennbar ist. Dazu kommt, daß der wachsende Druck des diktatorischen Regimes auf die breiten bürgerlichen und bäuerlichen Schichten, die nicht zu den direkten Nutznießern des Regimes gehören, sondern, je länger, je mehr, zu den Leidtragenden, zu gewaltigen

Anstauungen der Unzufriedenheit und Empörung führen, die in Zeiten der Krise des Regimes aus kleinen Anlässen zur gewaltsamen Entladung gelangen können. Es handelt sich dann um keine Revolution, geschweige um eine sozialistische, sondern nur um eine Explosion antidiktatorischer oder antifaschistischer Kräfte, die jedoch der Ausgangspunkt der sozialistischen Revolution werden können — und müssen.

In den neuen Möglichkeiten der Entstehung eines klaren realistischen gesellschaftlichen Bewußtseins in der Arbeiterschaft und in den allgemeinen antidiktatorischen und antifaschistischen Antriebskräften liegt die Quelle einer neuen, durchaus neuartigen Spontaneität, die auch unter den scheinbar hoffnungslosen Bedingungen des Faschismus organisierbar und schließlich als revolutionäre Kraft mobilisierbar ist. Hier liegt u. E. das entscheidende politische und vor allen Dingen organisatorische Problem der Arbeiterbewegung in der heutigen Etappe des Kapitalismus. Die Elemente zur Lösung dieses Problems sind bereits weitgehend vorhanden. Es handelt sich darum, sie zu erkennen und die Methoden zu finden und zu erproben, um die Kräfte dieser neuen Spontaneität wirksam zu koordinieren.

GLOSSEN

Außenpolitische Umschau.

Die neuen Römer

Hans Delbrück, der geniale Historiker des Krieges, war es, der bei seinem Studium der Geschichtsquellen des Altertums zu einem überraschenden, alle bisherigen Auffassungen umstürzenden Resultat kam: daß in den großen Kämpfen jener Jahrhunderte nicht die Barbaren, sondern die Römer die an Zahl überlegenen waren, daß sie ihre angeblich so heroischen Siege über diese stets mit numerischer und materieller Uebermacht erfochten. Wenn Mussolini vom Balkon des Palazzo Venezia sich als Erben und Wiedererwecker des Imperium Romanum feierte, kann ihm wenigstens in diesem Punkte die Berechtigung dazu nicht abgesprochen werden.

Denn das war die erste große Ueberraschung des abessinischen Feldzugs, daß er von Rom nicht als einfacher Kolonialkampf, sondern mit dem ganzen Aufgebot eines modernen Krieges geführt wurde. 500.000 Soldaten, zehntausende Flugzeuge, Tanks und Motorwagen, ganze Parks modernster Artillerie und, nicht zu vergessen, ungeheure Mengen des kostspieligen Brennstoffs wanderten im Laufe des Jahres 1935 nach Somali und Erythräa. Die Fachleute, selbst die in Kolonialkriegen erfahrenen britischen Militärspezialisten, die eine mehrjährige Dauer des Krieges voraussagten, hatten wohl mit der Ueberlegenheit des modernen kapitalistischen Staates über das feudalistische, innerlich zerrissene Gebilde Aethyopien, mit der Ueberlegenheit des Tanks über den Holzspeer, der motorisierten Truppe über einen barfußlaufenden Menschenhaufen gerechnet, aber daß diese Ueberlegenheit so massiert, so gehäuft eingesetzt wurde, das war doch eine unerwartete Tatsache.

Immer wieder macht Europa die eigentlich gar nicht so neue Feststellung, daß totale Systeme irgendwelche Aktionen, mag es sich um einen Krieg oder »nur« um ein Saarplebiszit handeln, stets mit totalem Krafteinsatz führen. An dieser Tatsache, die endlich wert wäre, unverrückbar ins Bewußtsein des demokratischen Europa einzugehen, scheiterte auch der halbjährige Abwehrkampf Genfs gegen das italienische Kriegsverbrechen. Denn an sich waren es durchaus keine schwächlichen Schritte, die gegen Italien durchgeführt wurden: die eindeutige Brandmarkung als Angreifer, das moralische Verdammungsurteil von 52 Nationen, die Sanktionen und die britische Flottendrohung, das zusammen hätte durchaus genügt, in einem demokratischen Rom jedem dafür verantwortlichen Minister den Hals zu brechen. Nur

eben im System der faschistischen Diktatur war die Wirkung eine ganz andere: dirigiert von dem gedrillten Presse- und Propagandaapparat war es geradezu der Ansatzpunkt einer wilden Fanatisierung der Massen, einer gesteigerten Kriegsstimmung und einer Stärkung des mussolinischen Prestiges als des Verteidigers der »beleidigten Nation«. Jetzt erst konnte dieser es unbedenklich wagen, eine unerhörte finanzielle Ausblutung des Landes zuzulassen, ja sogar mit dem Krieg, dem totalen, wilden Verzweiflungskrieg eines todbereiten Volkes zu drohen. Was sonst zur Erklärung des italienischen Sieges über Genf noch angeführt wird, — die zwiespältige Haltung Englands in diesem Kampf eines farbigen Staates gegen ein weißes Herrenvolk, die Unentschlossenheit Frankreichs, sich angesichts des hitlerischen Druckes am Rhein, in andere Abenteuer einzulassen — auch das hat zweifellos eine wichtige Rolle gespielt, den Ausschlag gab indeß die b r u t a l e B e r e i t s c h a f t R o m s z u m l e t z t e n E i n s a t z.

Zurück zum abessinischen Feldzug. Sein strategischer Verlauf, der aus den täglichen Heeresbulletins nur sehr unklar zu erkennen war, läßt noch andere interessante Nebenmomente zutage treten. Als nach den beiden ersten Kriegsmonaten sich herausstellte, daß die vorsichtige, systematische Führung de Bonos zwar richtig und erfolgreich sei, aber den Wettlauf mit dem drohenden finanziellen Ruin verlieren werde, zögerte Mussolini keinen Moment, den faschistischen Parteigeneral durch B a d o g l i o, den Mann der Armee und des Königs, zu ersetzen. Während das italienische Volk durch die Antisanktionskampagne abgelenkt wurde, setzte dann eine unerhörte Nervenprobe von zweieinhalb Monaten ein. Den ganzen Dezember, Januar und den halben Februar hindurch blieb Badoglio scheinbar untätig, verhöhnt von den abessinischen Bulletins, die die bevorstehende Einnahme Makalles meldeten, und bespöttelt von der Weltpresse. Doch während dieser Frist gelang es dem italienischen Heerführer, seine Fronttruppen zu verdoppeln, Artillerie und Tanks in die vorderste Linie zu bringen und gleichzeitig die Abessinier zu verlocken — entgegen ihrer früheren richtigeren Auffassung — sich in eine große Schlacht zu wagen. Dann erst, am 11. Februar, als er der abessinischen Truppe zahlenmäßig (!) gleich, an vielen Stellen sogar überlegen war, schlug Badoglio zu und vernichtete in wenigen Tagen sämtliche Einheiten der drei Nordarmeen. Damit war der Weg nach Addis Abeba offen.

Es ist ein zum Nachdenken anreizendes Gegenstück des faschistischen Totaleinsatzes, daß er sich mutig darauf beschränkt, dort stark zu sein, wo er — stärker ist. Auch das sollte das antifaschistische Europa sich ins Bewußtsein graben.

D e r d r i t t e W e g

Nur zwei Möglichkeiten scheint es, von Genf aus gesehen, nach dem faktischen Ende des abessinischen Krieges für den nächsten Abschnitt der Europapolitik zu geben, nämlich

1. Rom die Generalabsolution zu erteilen, es zu seiner »Aufgabe am Brenner« zurückzuführen, d. h. mit Italien sich g e g e n D e u t s c h l a n d zu stellen, oder
2. den Kampf gegen die römische Vergewaltigung eines Völkerbundsmitgliedes fortzusetzen und sich dazu durch Konzessionen die Mithilfe des Reiches sichern, d. h. m i t D e u t s c h l a n d gegen Italien operieren.

Der erste Weg, der sich zurzeit hinter der Parole »Zurück zu Stresa« verbirgt, besitzt in Frankreich und England starke Befürworter und hat für jene kurzsichtige »Realpolitik«, die in den Kanzleien der Außenämter dominiert, viel bestechendes an sich. Der zweite ist der Wunschtraum von sehr einflußreichen Nebenkräften der Londoner Politik, für die mittels des »Fragebogens« das Berliner Terrain sondiert wird.

Eine kurze Ueberlegung zeigt, daß beide Perspektiven gefährliche Selbsttäuschungen sind, sozusagen nach außen projizierte Illusionen über das »kleinere Uebel«, dessen unangenehme Eigenschaft, ins größte Uebel umzuschlagen, seit gewissen innerdeutschen Erfahrungen eigentlich genügend erwiesen sein sollte. Denn jeder der beiden präsumtiven Bundesgenossen, Italien sowohl wie Deutschland,

wird durch das, was man philosophisch die »innere Dynamik« nennt, anstatt deutlicher von Erpresserlogik zu sprechen, zu immer größeren Forderungen getrieben. Daß beide zurzeit eine Verdauungspause benötigen, der eine um das Negusreich nun auch restlos zu erfassen, der andere, weil der Bau des Zementgürtels am Rhein seine Zeit braucht, ändert nichts daran, daß der Appetit schon wieder kommen wird. Angesichts der gerade jetzt wieder aufflackernden adriatischen Sorgen Belgrads und der Gleichschaltungsängste Wiens erübrigt es sich, andere Zielobjekte zu nennen.

Aber bliebe nicht noch eine weitere Möglichkeit, die den gordischen Knoten dieser Widersprüche einfach durchschneidet, indem sie

3. auf die italienische Annexion mit verschärftem Sanktionsdruck antwortet, gleichzeitig aber auch den deutschen Vertragsbrecher unter so starken Druck setzt, daß er weitere Provokationen nicht wagt.

Das hieße also, beide Friedensstörer in die Isolierzelle zu setzen. Sehen wir einmal von der Frage ab, ob England — wenigstens heute — für eine solche Politik als Partner zu haben sein wird. Denn auch dann bleibt die nicht zu leugnende Tatsache, daß eine gewaltsame Summierung der faschistischen Kräfte schwere Gefahren in sich birgt, die in erster Linie Frankreich und die Tschechoslowakei zu tragen haben würden.

Und doch, wenn die beiden ersten Wege naturnotwendig in den Sumpf der Ohnmacht führen, bleibt für eine Europapolitik, die keine Politik der Selbstentmannung sein will, kein anderer Weg, als dieser gefährliche. Nur ist es dazu notwendig, daß die europäische Friedensfront sich darauf besinnt, nicht nur eine passiv-anklagende, sondern eine aktivistische, einsatzbereite, ihre Kräfte formierende Politik zu treiben. Die Grundlage dazu ist mit dem russisch-französischen Bündnis und seiner Prager Verstrebung gegeben. Und jetzt hat der bevorstehende Machtantritt der französischen Volksfrontregierung eine einzigartige historische Gelegenheit gegeben, Versäumtes in kühnem Schwunge nachzuholen.

Die bisherige nebulose Parole der Sozialisten »Für den Frieden« genügt dabei ebenso wenig, wie die bloß innerpolitisch-taktische der Kommunisten »Kanonen für Volksrechte«. Eine wirkliche Sammel- und Aktionsparole kann nur den Sinn eines aktiven Einsatzes aller Kräfte gegen den Krieg haben. Ihre Verwirklichung läge etwa auf der Linie einer Stärkung der militärischen Widerstandskraft der demokratischen Staaten, einer engen Querverbindung zur linken Opposition der noch unentschlossenen Länder, wie England und vielleicht auch Polen, einer Sammlung der mit Recht empörten und enttäuschten kleinen und neutralen Staaten, womit eine wirkliche Reaktivierung des Völkerbundes zu erzielen wäre.

Das Geheimnis jedes erfolgreichen Kampfes, auch des für den Frieden, heißt: handeln! Sein Schlüsselpunkt ist heute Paris.

Bernhard Menne.

BUCHBESPRECHUNGEN

Wenzel Jaksch: Volk und Arbeiter. Deutschlands europäische Sendung, Eugen Prager-Verlag, Bratislava 1936. 138 S., Preis 24 Kč.

Das Buch von Jaksch ist ein Versuch, das Problem des Sozialismus auch für solche Kreise zur Diskussion zu stellen, die ihm bisher verständnislos oder gar ablehnend gegenüberstanden. Jaksch sagt mit Recht, die heutige Generation müsse sich »ein neues inneres Verhältnis zum Sozialismus erarbeiten und den Glauben an ihn schöpfen aus der Zeit, in die sie gestellt ist.«

Jaksch verlangt, was durchaus gebilligt werden muß, einen stärkeren Aktivismus und Machtwillen der sozialistischen Arbeiterschaft. Gleichzeitig tritt er für eine Revision ihrer bisherigen Taktik ein. Die Hauptpunkte dieser Revision beziehen sich auf ihre Stellung zu den Mittelschichten, insbesondere zur Bauernschaft, und auf die mit den Begriffen »Volk« und »Nation« verbundenen Fragenkomplexe.

Die Ausführungen hierzu befriedigen jedoch nicht ganz. Sie sind nicht frei von Unrichtigkeiten und Unklarheiten. So ist es falsch, daß »die deutsche Arbeiterschaft, diesen Begriff selbst im weitesten Sinne genommen, eine Minderheit im Volke ist, die sich mit einer, wenigstens in der geistigen Haltung, nichtproletarischen Volksmehrheit auseinanderzusetzen hat.« (S. 98) Diese Behauptung widerspricht allen Angaben der Statistik, die die Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Deutschland auf mindestens zwei Drittel aller Berufstätigen veranschlagen. Das Proletariat, »im weitesten Sinne genommen«, bildet also eine starke Mehrheit des deutschen Volkes. Diese Tatsache wird nicht aus der Welt geschafft durch den Hinweis auf die »geistige Haltung« gewisser Teile der arbeitenden Bevölkerung, die sich zur »nichtproletarischen Volksmehrheit« rechnen. Die »geistige Haltung« ist ein veränderlicher Begriff, abhängig von der Aktivität und Werbekraft des klassenbewußten Kerns des Proletariats, er kann deshalb nicht klare soziologische Tatbestände über den Haufen werfen.

Mit dieser Behauptung fällt aber die grundlegende These von Jaksch, daß die bisherige machtpolitische Konzeption des deutschen Sozialismus, der mit einer ständigen Zunahme des Proletariats rechnete, falsch gewesen sei. Umgekehrt führt die Konzeption des Genossen Jaksch notwendigerweise zur Ueberschätzung der Mittelschichten im sozialrevolutionären Prozeß und zu einer geistigen Kapitulation vor jenen Strömungen, die den proletarischen Sozialismus als eine Utopie betrachten.

Auf diesen Punkt — die Stärkung des Arbeitersozialismus — kommt es aber in erster Linie an. Alles, was Jaksch nach dieser Richtung hin — auch in punkto Zusammengehens mit anderen Bevölkerungsschichten — empfiehlt, ist wert, eingehend geprüft zu werden, selbst wenn seine Forderungen zum Teil nur Neuformulierungen schon längst in der sozialistischen Bewegung vorhandener Bestrebungen darstellen. Unbefriedigend jedoch sind seine Versuche, durch Begriffsbildungen wie »Volkssozialismus«, »nationale Werkgemeinschaft« usw. den Kampf um »die Seele der Nation« aufzunehmen. Diese Begriffe sind unklar und zweideutig und stellen keinen Fortschritt dar gegenüber den Leitgedanken des Marxismus, der die arbeitenden Klassen aufruft, sich an die Spitze der Nation zu stellen und die politischen Herrschaft zu erobern, um den Sozialismus zu verwirklichen.

Eine Richtigstellung zum Schluß: Genosse Jaksch bemerkt auf S. 119, Hitler sei »über die gekrümmten Rücken einer Wählermehrheit zur Führung des Reiches« emporgeschritten. Diese Behauptung, die ungewollt die Legende Hitlers von der »legalen« Eroberung der Macht stützt, ist falsch: Bei den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 erhielten die Nazis, trotz Reichstagsbrand und Terror, bloß 44 Prozent aller Stimmen. Nur gemeinsam mit den Deutschnationalen erreichten sie eine knappe Mehrheit von 52 Prozent. Erst die Kassierung der 81 Mandate der Kommunisten, die Verhaftung zahlreicher sozialdemokratischer Abgeordneter und das Zurückweichen der bürgerlichen Oppositionsparteien vor den terroristischen Drohungen Hitlers sicherten ihm die Zweidrittelmehrheit bei der Annahme des Ermächtigungsgesetzes vom 23. März 1933, das den Weg zur Diktatur freimachte.

A. Stein.

Voranzeige.

Der Schlußartikel der Artikelserie von Paul Sering: »Die Aufgaben der Deutschen Revolution« *wird im nächsten Heft Nr. 33, das am 15. Juni erscheint, veröffentlicht.*

DIE REDAKTION

Herausgeber: Ernst Sattler. Verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn. Druck: Graphia. Alle in Karlsbad
Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 320.219/VII-1933. Printed in Czecho-Slovakia.